

manns durchaus gerechtfertigt, sie haben die Schuld der Staatsmänner und Militärs des alten Regimes noch viel größer erscheinen lassen, als in jenen Wochen, wo sich die allgemeine Empörung rein gefühlsmäßig gegen die banterotte Monarchie und die Habsburger der Obersten Heeresleitung richtete. Darüber hinaus hat die übergroße Mehrheit des Volkes auch über jene Parteien ihr Urteil gesprochen, die vier Jahre lang die Politik der Obersten Heeresleitung bedingungslos unterstützten, einen maßlosen Annexionismus gepredigt und alle Kräfte des Volkes unter die Krute des räuberischen Imperialismus gezwungen haben.

Nichts kennzeichnet so sehr die große Tragikodie der deutschen Politik, als die Tatsache, daß auch jene Partei, deren Führer Stresemann in den kritischen Oktobertagen die ganze Schärfe seines Angriffs gegen Ludendorff und seine Clique richtete, um seine eigene Mitschuld vor den Augen des empörten Volkes geringer erscheinen zu lassen, heute gemeinsame Sache macht mit den Hehern der deutschen nationalen Volkspartei, die mit der Dolchstoßlegende im Lande hausieren gehen. Vor knapp drei Jahren sprach Stresemann sein „Schuldig“ sowohl über Ludendorff, wie über Helfferich. Heute steht seine Partei in einheitlicher Front mit der Partei Helfferichs, um dem gestürzten Göhen Ludendorff wieder zur Herrschaft über das deutsche Volk zu bringen und beide Parteien verdanken ihre politischen Erfolge in erster Linie einer großen Lüge.

Zum Schutze der Republik

Die sozialdemokratischen Parteiführer Wels und Müller-Franken haben im Reichstag folgende Anfragen eingebracht:

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen öffentliche Beamte der Republik den vorgeschriebenen Treueid auf die Verfassung verweigern. Gegen sie ergriffene Maßnahmen sind zum großen Teil wirkungslos geblieben. So ist kürzlich ein Beamter, der wegen einer solchen Eidesverweigerung vor der Disziplinarkammer in Hamburg zur Aburteilung stand, freigesprochen worden. Ferner hat nach einer Pressemeldung aus Karlsruhe ein badisches Landgericht dahin erkannt, daß die Dienstentlassung eines den Treueid verweigerten Beamten ohne jede gesetzliche Grundlage und deshalb unzulässig ist. Wir fragen a) sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, ihrer Autorität und der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen; b) was gedenkt die Reichsregierung gegen jene Beamte zu veranlassen, welche den Eid auf die Verfassung verweigert haben?

1. Anzuordnen, daß die Höhe der Gehälter des früheren Regimes innerhalb einer kurz zu bestimmenden Frist aus den Dienstbüchern, Amtsschildern, Amtsrumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden endlich restlos entfernt werden? 2. Anzuordnen, daß sämtliche Bilder und Wappen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus allen Amtsräumen der Reichsbehörden sofort zu beseitigen sind, wobei künstlerisch wertvolle Stücke einem Museum überwiesen werden könnten? 3. Die Anbringung und Aufstellung von im Privatbesitz befindlichen unter 2 genannten Büsten und Bildern in den Amtsräumen der Reichsbehörden zu verbieten? 4. Die Nichtbeachtung dieser Befehle unter empfindliche Strafe zu stellen? 5. auf die Länderregierungen einzuwirken, um diese zum gleichen Vorgehen zu veranlassen?

Mit der Anordnung der in diesen Anfragen geforderten Maßnahmen darf die Sache nicht abgetan sein. Die Arbeiterklasse hat eine gründliche Reorganisation in Verwaltung, Justiz und Schule zu fordern, damit die Grundlagen beseitigt werden, auf denen die Hege gegen die Republik so üppig wuchern kann.

Der Freund der Ludendorff-Leute

Waloff-Bermond am Pranger

Oberst Kartaschew, Vertreter der Kofaken des Kubangebietes in Deutschland, veröffentlicht in der russischen Berliner Zeitung „Kul“ einen offenen Brief, der auch für weiteste Kreise der deutschen Öffentlichkeit von Interesse ist. Oberst Kartaschew schreibt:

In Ihrer geschätzten Zeitung wurde erwähnt, daß es nicht zulässig sei, daß russische Offiziere im Berliner Stadion in voller Uniform aufzutreten. Ich teile voll und ganz den Standpunkt der Redaktion. Die Frage darüber, ob Herr Bermond das Recht hatte, das russische nationale Offizierskorps zu vertreten, möchte ich hier nicht näher erörtern, denn das ist ausschließlich Sache des hiesigen russischen Offiziersvereins. Ich halte es jedoch für notwendig zu erklären, daß Herr Bermond, der sich fürst Wladow nennt, und dessen Offiziersrang mir unbekannt ist, kein Recht auf Tragen der Kofakenuniform hat, da er sich niemals in den Reihen der kausatischen Kofaken befand. Ich möchte mit diesem Brief die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die Handlungen des Herrn Bermonds nicht mit denen der Kofaken identifiziert werden, da letztere nichts gemeinsames mit ihm haben.

Parole Nr. 3985³ (Band XI, S. 329)

Von Waldemar

Wie wir erfahren, ist es der Tendenz der A. V. D. in höchst sensiblen Weise gelungen, Ordnung in den Wirrwarr ihrer sich sehr häufig widersprechenden Parolen zu bringen. Eine durch zwei Originalautoren und einen Vertrauensmann der „Hilfs“-vertriebskommission von 15 Personen hat in dreierlei Hinsicht Arbeit geleistet: 47 500 Parolen und 7500 Flugblätter der A. V. D. chronologisch geordnet und nummeriert. Die Parolen liegen nunmehr in 24 Nachschubbänden mit Namens- und Sachregister vor, die in den nächsten Tagen genau wie die übrige kommunistische Literatur zum Katalogpreis durch Franke Verlag zu beziehen sein werden.

Durch unsere guten Beziehungen sind wir schon heute in der Lage, einige Bruchstücke aus der vom Vorsitzenden der Kommission, Dr. Konjowski, verfaßten Einleitung wiederzugeben.

Leure Genossen!

Angeregt durch das beim Internationalen Bibliographischen Institut in Brüssel eingeführte Zahlensystem haben wir die fast unauflösbar scheinende Aufgabe durchgeführt, die gewaltige Zahl der kommunistischen Parolen und Flugchriften durchzuarbeiten und zu registrieren.

Was das bedeutet, davon kann sich nur derjenige einen Begriff machen, der sämtliche Parolen gelesen hat, ohne dabei irrsinnig geworden zu sein. Wir wollen nicht abschweifen werden, aber wir dürfen doch wohl sagen: die Arbeit des Herkules beim Ausmisten der Ställe des Augias war ein Kinderspiel gegen diese Aufgabe. Mit Genugtuung können wir deshalb auf das jetzt abgeschlossene Werk zurückblicken, die das Fundament der Parteiarbeit bildet.

Bei der Neuartigkeit der Anwendung des Zahlensystems scheint es uns angebracht, hierüber einige anklarende Worte zu sagen. Die große Bedeutung der Bemühung von Zahlen liegt in ihrer Kürze und Uebersichtlichkeit. Anstatt die ellenlangen Phrasen, die der Arbeiterschaft sowieso schon längst zum Haufe heraus-

Reichsratsauschuß und Zeitungsverbote

Sechs Heftblätter freigegeben

Der Beschwerdeausschuß des Reichsrates, der auf Grund der letzten Ausnahmerechtsverordnung des Reichspräsidenten zur Entscheidung über Beschwerden gegen Zeitungsverbote eingesetzt worden ist, trat Freitag nachmittag 4 Uhr im Reichsministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Gradnauer zusammen. Zunächst beriet er über seine eigene Geschäftsordnung, dann wurde die Öffentlichkeit hergestellt und in Anwesenheit der Vertreter der beschwerdeführenden Zeitungen über die Verbote verhandelt. Außer einigen Pressevertretern waren bei den Verhandlungen auch noch die Genossen Dittmann und Unterleitner zugegen.

Zunächst wurde verhandelt über die Beschwerden einer Anzahl nationalsozialistisch-anthemistischer Blätter: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tagesblatt“, „Süddeutsche Zeitung“ (Stuttgart), „Hamburger Warte“ und „Heimatbote“ (Gera). Der deutschnationale Abg. Wulle war in Begleitung des Rechtsanwaltes Hercher erschienen; letzterer begründete die Beschwerde. Für die „Süddeutsche Zeitung“ führte Rechtsanwalt Dr. Schott das Wort, für den „Heimatboten“ (Gera) Rechtsanwalt Dr. Brehme.

Die Verhandlungen begannen mit einer atemmäßigen Darstellung der Verbote und der Beschwerden durch den Referenten des Reichsministeriums des Innern, Herrn Dr. Nobis. Darauf wurde auf Vorschlag Dr. Gradnauers beschlossen, zunächst die Frage zu entscheiden, ob auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten Zeitungen verboten werden können unter Berufung auf Veröffentlichungen, die vor dem Erlass der Verordnung erfolgt sind, wie das in allen zur Entscheidung stehenden Fällen der Fall ist.

Die genannten Rechtsanwälte der beschwerdeführenden Blätter verneinten die Frage und führten zur Begründung aus: Sowohl § 2 des VGG, wie Artikel 116 der Reichsverfassung bestimmen, daß Beschränkungen nur erfolgen können auf Grund von Gesetzen, die vor der Tat erlassen sind. In Artikel 48 der Verfassung ist Artikel 116 nicht mit aufgeführt, bei den Verfassungsartikeln die durch den Ausnahmezustand aufgehoben werden könnten. Der Wortlaut der Verordnung verbietet auch ein Zurückgreifen auf die Vergangenheit, denn es heißt dort „anzusetzen, aufzufordern“, es sei also von der Gegenwart, nicht aber von der Vergangenheit die Rede. Es handelt sich um eine Strafmaßnahme; denn § 3 der Verordnung setzt Strafen fest, deshalb könne man nicht sagen, daß eine Verwaltungsmaßnahme vorliege.

Ein Beamter des Reichsjustizministeriums als Vertreter des öffentlichen Interesses erklärte demgegenüber: Die Verordnung ist kein Strafgesetz, sondern eine Verwaltungsmaßnahme. Der § 1 der Verordnung will den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit geben, zukünftigen Gefahren vorzubeugen. — Durch das Verbot der Zeitungen soll keine Strafe für die Vergangenheit ausgesprochen, sondern für die Zukunft eine Gefahr verhindert werden. Das Einkommensteuergesetz habe auch Strafbestimmungen, darum werde es aber von niemandem als Strafgesetz betrachtet. Weil es sich um eine vorwiegende Verwaltungsmaßnahme handle, man könne auch nicht auf § 2 des VGG und Artikel 116 der Reichsverfassung Bezug genommen werden. Es sei also rechtlich unbedenklich, Zeitungen zu verbieten, weil ihr bisheriger Inhalt beweise, daß sie eine Gefahr für die Zukunft seien. Der Gehalt der Zeitungen sei maßgebend. Es handle sich um eine Charakterisierung, eine Klassifizierung der Zeitungen.

Gegenüber diesen Darlegungen betonten die Rechtsanwälte der beschwerdeführenden Zeitungen, man habe erst abzuwarten müssen, ob durch die Verordnung des Reichspräsidenten nicht die Quelle der Gefahren verstopft worden wäre, ehe man verbieten durfte. Es hätte geprüft werden müssen, welche Wirkung die Verordnung hatte.

Nach längerer Beratung des Ausschusses verkündete Reichsminister Dr. Gradnauer folgende Entscheidung:

Der Ausschuß hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die schärfende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. August 1921 ausschließt. Es kann auch sonst dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte beilegen können. Jedenfalls ist der Ausschuß der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen können wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Erlass der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben.

Es handelt sich um folgende Zeitungen: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tagesblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Hamburger Warte“ und „Heimatbote“ in Gera.

Die Aufhebung der Zeitungsverbote erstreckt sich also vorläufig auf die Zeitungen, die vor dem Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten ihre Hege gegen die Republik betrieben haben. Der Ausschuß wird sich hoffentlich sofort auch mit den übrigen Zeitungsverboten befassen, und wir erwarten, daß er die Pressefreiheit nicht nur dann schützt, wenn es sich um deutschnationale Organe handelt, sondern daß er auch die Verbote der kommunistischen Blätter rückgängig macht.

Der Reichsminister des Innern hat die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin für die Zeit vom 9. bis 22. September 1921 verboten. In der Begründung des Verbotes heißt es: In Nummer 228 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ ist ein Aufruf der kommunistischen Arbeiterjugend: An das gesamte Jugendproletariat! abgedruckt, worin unter 1. gesagt wird: Junge Profe-

hängen, zu wiederholen, schreibt man in Zukunft einfach die Nummern. Also z. B.:

Genossen und Genossinnen!

Die A. V. D. ist die Avantgarde des Proletariats (Aufruf Nr. 17812, Band VI, Seite 123), die mit den Klassen Parolen (siehe Nr. 755, Band I, Seite 89; Nr. 6513, Band IV, Seite 11; Nr. 39826, Band X, Seite 1125 ufm.), allen anderen Parteien vorgeht. Deshalb ist der Genosse Brandier, der vor Gericht unser Programm so handhaft verleugnete (siehe Broschüre 7812), Ehrenvorzüglicher des dritten Weltkrieges geworden (Aufruf Nr. 40139, Band XII, Seite 90) ufm.

Aber damit nicht genug. Das Zahlensystem ermöglicht eine Anpassung an die ständlich wechselnden Verhältnisse, die an Freiheit nicht überboten werden kann. Jede Parole ist in Zukunft steigerungs- und abschwächungsfähig. Sie kann sozusagen temperiert werden wie ein edler Wein. Man erhebt die Parolengahnen zur Steigerung einfach je nach Bedarf ins Quadrat, in die dritte, vierte oder sie Potenz, oder zieht zur Bildung die Kubik- oder eine beliebige andere Wurzel. Dies ein Musterbeispiel:

Genossen!

Mehr als je gelien heute die Parolen Nr. 28812³ (Band VII, Seite 916) und Nr. 39412³ (Band X, Seite 1009), aber laßt trotzdem V Nr. 1167 (Band I, Seite 84) nicht aus dem Auge...

Die Genialität unserer Zahlensystems ist aber damit noch nicht erschöpft. Bei der in der Partei bestehenden Konfusion war es letzter oft notwendig, Aufrufe zu erlassen, die den am Tage vorher erschienenen direkt widersprachen. Das fällt jetzt vollkommen fort. So brauchen z. B. sämtliche Parolen über die revolutionäre Offensive (siehe Nr. 37843 u. ff., Band XI, Seite 602) nur einfach mit dem negativen Vorzeichen versehen zu werden, und das Gegenteil davon ist letzte revolutionäre Weisheit, die bei Strafe sofortigen Ausschlusses geglaubt werden muß. Ein einfaches Minuszeichen macht aus der Offensivphilosophie die Lehre von der Defensiv. Ohne viel Mühe können, wenn es kein muß, ständlich die Vorzeichen gewechselt werden, ja noch mehr, im Zweifelsfalle kann in Zukunft eine Parole mit beiden Vorzeichen herausgegeben werden. Z. B.: „Genossen, heute ist eure Pflicht +

larier! Wir rufen euch zu, begreift die Sturmzeichen der Welt Das Lösungswort lautet Bürgerkrieg, und weiter: Bewachtet alle Gewerkschaften, Jugendsektionen und parlamentarische Parteien. Und zum Schluß: Handelt wie Max Högl! In diesem Sinne auf zum Kampfe! Der Aufruf fordert daher in ungewohnter Form zum Ungehörigen gegen die Gehege auf und verliert in großer Weise gegen den Paragraphen 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. August 1921.“

Neue Beratungen der Koalitionsparteien

Wie die P. P. A. hören, hofft man in Regierungs- und Reichstagskreisen, in der Sitzung des Ueberwachungsausschusses am Montag zu einer befriedigenden Erledigung der bayerischen Frage zu gelangen. Am Dienstag sollen erneut interfraktionelle Beratungen der drei Koalitionsparteien im Reich stattfinden. Gegenstand der Besprechung soll die politische Gesamtlage bilden, wie sie sich nach der Entscheidung in Bayern und nach dem Scheitern des Versuchs zur Umbildung der preussischen Regierung darstellen wird.

Eine neue Zeitung

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ scheidet Herr Heinrich Rippler aus der „Täglichen Rundschau“ aus, um vom 1. Oktober an in Berlin ein neues Blatt herauszugeben, das unter dem Namen „Die Zeit“ ein Organ der Deutschen Volkspartei werden soll. Heinrich Rippler ist seit 25 Jahren Leiter der „Täglichen Rundschau“ und sein Name wird am Kopf des Blattes genannt. Wenn er also jetzt von dem Blatte scheidet, so müssen dahinter tieferer Ursachen liegen. Sie sind darin zu suchen, daß die deutschnationalen Kreise auf die „Tägliche Rundschau“ einen immer stärkeren Einfluß gewonnen haben; ihnen ist selbst Herr Rippler anscheinend nicht mehr zuverlässig genug, trotzdem sein Blatt es an wästen Angriffen auf die Republik nicht hat fehlen lassen.

Die Beratungen des Völkerbundes

Die wirtschaftliche Lage Europas

In der gestrigen Sitzung der Völkervereinigungsschlichter der Belgier La Fontaine den furchtbaren wirtschaftlichen Druß und die verwerzliche politische Lage in den einzelnen Ländern Europas. Er entwarf ein düsteres Bild der gegenwärtigen Weltlage, die vom politischen Mißtrauen zerlegt und wirtschaftlich noch nicht besser sei, als sie nach Beendigung des Krieges war. Zu der Frage der Abstellungen übergehend, weist La Fontaine auf die ungeheuren finanziellen Konsequenzen hin, deren man sich, wie es scheint, in den einzelnen Ländern noch nicht genügend bewußt geworden sei. La Fontaine schildert dann die Schrecken eines zukünftigen Krieges. Er schildert das Entsetzen, das durch die Anwendung giftiger Gase und die Tätigkeit der Flugzeuge verbreitet würde, falls ein neuer Krieg ausbrechen sollte.

Dann geht La Fontaine auf die wirtschaftliche Lage ein und erklärt, dieses Problem sei eines der ernstesten, weil es am schwersten gerade auf denjenigen Ländern laste, die während des Krieges am meisten gelitten haben. Kriensschulden Zinsen lasten heute auf Europa. Die Gesamtschuld Europas würde 1000 bis 1100 Milliarden den noch überleben. Es gebe Länder, die am Kriege nicht teilgenommen hätten, ja, die sich sogar bereichert haben am Kriege. Es müsse eine solidarische Haltung der ganzen Welt für den Völkerbund festgelegt werden. Die Länder, die nicht am Kriege beteiligt waren, müßten den andern helfen, sonst gäbe es keinen Ausweg aus der furchtbaren Lage, in die die Welt durch den Krieg geführt worden sei. Die Herstellung eines internationalen Marktes sei einer der ersten Notwendigkeiten, die vom Völkerbund vermittelt werden müßte. Man müsse die einzelnen Regierungen zwingen, sich von veralteten Vorurteilen freizumachen.

Nach ihm nimmt der Koweger Rat den das Wort. Ohne die Gründung Rußlands könne ein Wiederaufbau Europas unmöglich durchgeführt werden. Die jüngst in Genf von dem Roten Kreuz abgehaltene Konferenz über das russische Hilfswort habe ihn zum Oberkommissar ernannt, und dieses Amt habe ihm Gelegenheit gegeben, die Verhältnisse in Rußland zu studieren. Ranken macht dann eine Reihe von Mitteilungen über die furchtbare Lage der russischen Bevölkerung, besonders in den von der Hungersnot am stärksten bedrohten Gebieten. Er schließt seine grauenvolle Schilderung mit den Worten: „Das jetzt Ihnen, meine Herren Delegierten, daß wir uns hier einer der größten Katastrophen gegenübersehen, die Europa jemals bedroht haben. Die Beiträge mit Rußland sind vollständig ausgearbeitet. Wir haben eine Zentrale in Moskau, eine Kommission von zwei Leuten, die eine absolute Nahtloskommenheit haben und denen die Sowjetregierung volle Freiheit läßt. Alle Sendungen bleiben unter unserer Kontrolle und unter Epigentum, bis sie verteilt sind. Es gab eine Menge Mißverständnisse in dieser Hinsicht. In Wirklichkeit haben wir das Maximum an Kontrolle erreicht, das überhaupt möglich ist. Das Sterben in Rußland ist riesenhaft. Jetzt müßten alle Botschaften lassen und die Hilfe müßte von allen geleistet werden. Der Winter steht vor der Tür, und am 15. November sei die Wolga zugefroren und für die Transporte unbrauchbar. Zu Weihnachten könnten die Kinder, denen gehoffen worden sollte, schon tot sein, und die Hilfe könnte zu spät kommen, wenn man zuerst die Unterbrechung des Obersten Rates abwarten wolle, ob eine Aktion ins Werk zu setzen sei, die 20 Millionen Menschenleben retten sollte.“

oder — Nr. 17842 (Band VI, Seite 212).“ Dann kann jeder tun, was er für richtig hält, und wir sind überzeugt, der gesunde Instinkt der Massen wird stets das Richtige finden. Wieviel Gehirnschmalz, Drüdenschwärze und Papier dadurch erspart wird, vermag nur der zu ermessen, der bei uns „den Betrieb kennt“.

Rebelmüßende behaupten zwar, daß es für eine ganze Anzahl unserer Parolen nur die einzige Entschuldigung gäbe, daß nämlich die Verfasser nicht ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehören. Mit solchen Leuten streiten wir nicht. Nur wer den engen Zusammenhang zwischen Genie und Wahnsinn verkennt, kann hier einen Grund zum Mitleiden finden.

So übergeben wir nunmehr die 47 500 Parolen der Öffentlichkeit. Der Preis der 24 Bände ist, trotzdem wir nur den Katalogwert berechnen, ein so hoher, daß ein Arbeiter die Bücher nicht kaufen kann. Über welcher Arbeiter kann überhaupt noch die Annahme der täglich neu erscheinenden kommunistischen Literatur laufen, geschweige denn die Zeit zum Lesen finden?

Das darf uns nicht irren machen, weiterzubringen, bis die Geldquelle verfliegt.

Es lebe der Parolensinn!

Es leben die Parolensinn!

Sie leben + oder —, vorwärts und rückwärts gelesen, im Quadrat oder in der Wurzel und in ihrer Gesamtsumme!

Es lebe das kleine Bureau der Exekutive!

Hohe Parole Nr. — 3712 (Band III, Seite 1432) und Nr. 39856 (Band XI, Seite 329)!

Nieder die Reviten und Menschewisten!

Es lebe die Internationale Parolenschmiede!

NB. Um unsere Interessenten auf dem Laufenden zu erhalten, geben wir Nachtragshefte mit je 500 neuen Parolen heraus, die etwa 14tägig erscheinen werden. Das erste Nachtragsheft ist bereits abgeschlossen und endet mit Parole Nr. 48 000 (Uebere-machungs-ausschüsse).

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Die grüne Diktatur

Vor etwa drei Monaten wurde in der Schloßkaserne zu Charlottenburg, dem Sitz der Hundertschaft zur besonderen Verwendung (3. B. B.), der Oberwachmeister Buchholz tot aufgefunden. Eine amtliche Meldung besagte, der Verstorbene habe sich Selbstmord verübt. Tatsächlich hatte Buchholz einen Schuß von hinten durch den Kopf bekommen. Er war ermordet worden, weil er neben den vielen anderen Geheimnissen der Kaserne auch von einer großen Unterschlagung Kenntnis hatte. Die Willens war, der Öffentlichkeit gegenüber nicht länger zu schweigen. Im Zusammenhang mit diesem Mord veröffentlichte die linksstehende Presse Dokumente über die geradezu gefährlichen Treibereien dieser Hundertschaft. Es wurde festgestellt, daß das Berliner Polizeipräsidium schon seit dem Dezember 1920 darüber unterrichtet war, daß der Kommandeur der Hundertschaft, Hauptmann Stennes, schon Kapp wertvolle Hilfe leistete, eine Verschwörerorganisation ins Leben gerufen hatte, daß er Waffen in großen Mengen verschoben ließ und eine Meuterei gegen den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei inszeniert hatte. Die Untersuchung wurde mit allen Mitteln hinterzogen, den Verdächtigten wurde bei Todesandrohung verboten, die Wahrheit zu sagen.

Das Polizeipräsidium konnte gegen diese Anschuldigungen nichts einwenden, es wußte nur zu melden, daß eine Untersuchung im Gange sei. Aber diese Untersuchung wird nie zu einem Ergebnis führen, wenn nicht endlich gegen diese Hundertschaft so vorzugehen wird, wie Polizei und Staatsanwaltschaft schlechthin gegen Verbrecher vorgehen. Wie notwendig ein solches Vorgehen ist, darüber gibt uns das Tagebuch des ermordeten Oberwachmeisters Buchholz Auskunft, das gestern in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde, und das auch wir unseren Lesern nicht vorenthalten können, weil es gerade jetzt notwendig ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf zu lenken, in welchen gefährlichen Händen das Schicksal der Republik liegt. Die Buchaufzeichnungen lauten:

Anfang November 1919: Endlich habe ich eine Anstellung. Ich wurde Wachmeister in der 8. Hundertschaft. Wurde Kammerdiener und habe damit eine verantwortungsvolle Stelle. Es ist sehr vieles in Unordnung. Es wird eine Menge Arbeit gemacht, hier keine Bahn zu schaffen.

11. November: ... Heute hatte ich einen wichtigen Auftrag. Unser Kommandeur, Oberst Stennes, befahl mir, den Transport von Flugmaschinen für die Deutschnationale Volkspartei einen Wagon auf dem Güterbahnhof Charlottenburg zu bestellen. Damit mir dort keine Schwierigkeiten bei dem herrschenden Wagonmangel entstehen, erhielt ich 400 Mark in die Hand gedrückt. Befehlsgeheim! Mir war sehr unangenehm dabei zu Mute. Aber Befehl ist Befehl. Die Beamten schraubten sich zuerst. Als ich ihnen aber das Geld aus der Tasche und ihnen sagte, warum es sich handelte, waren sie wie gewandelt.

12. Dezember: Ich erfuhr gestern, daß es sich bei den „Flugmaschinen“ für die „Deutschnationale Volkspartei“ um viele Millionen Mark Geld handelte, welches für die Truppen im Baltikum bestimmt wurde. Man munkelt von 100 Millionen. Sie wurden von uns mit der Eisenbahn als „Flugmaschinen“ glücklich nach Preußen gebracht, wo sie mit Flugzeugen ins Baltikum befördert wurden. Ein höherer Offizier war von uns gekommen, um hier Geld für seine Truppen zu beschaffen, da die Regierung jede Lösung gesperrt hat, weil sie ja nicht zurückzahlen wollen. Oberst Stennes hat sich daraufhin mit dem Drucker in Potsdam in Verbindung gesetzt, die nach Berlin und Zahlung von allerhand Schmiergeldern sich dazu bereit erklärte. Dabei waren auch eine ganze Menge Kameraden unserer Hundertschaft beschäftigt, wie die Wachmeister Schmidt, Schorr, Schulz, Strenke, Gebhardt, Buntel, Schmidt, Krollig, Kuch usw. Das Geld wurde von dort in Koffern abtransportiert. Wie es nun kam, das blieb unaufgeklärt — es waren auch noch andere Leute damit beschäftigt, jedenfalls die sogenannte Kriminalpolizei bekam Wind von der Riste und beschlagnahmte eine Sendung. Aber es dauerte nicht lange, da wurde die Sache durch „Einwirkung höherer Gewalt“ wieder freigegeben. Jede Sache ging aus. Passiert ist natürlich weiter nichts.

1. Februar 1920: ... heute ist unsere Hundertschaft selbständig geworden und hat den treffenden Namen „Hundertschaft zur besonderen Verwendung“ erhalten.

2. März: Gestern hat unser Alter Besichtigung zum Kommando angelegt. Außer dem Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Schmidt, wird auch der Polizeipräsident an der Besichtigung teilnehmen. Gestern und heute wurde früh bis abends exerziert. Für die nächsten 14 Tage sind die Besichtigungen recht trübe. Es wird allerhand Schwung gegeben.

3. März: Wir kommen gar nicht aus der Bewegung heraus. Appells werden herangeführt. Wir wissen das nicht mehr, wo uns der Kopf steht.

4. März: Alles geht drunter und drüber. Heute früh ist ein Kommando mit seiner Brigade aus Döberitz einmarschiert. Das Kommando wird befehligt gehalten. Die Regierung ist gegen Stennes hat sich sofort mit der neuen Regierung in Verbindung gesetzt. Er wußte wohl schon was er wollte, denn er jagte vor der Stube 21 wörtlich: „Das ist die Besichtigung, die ich angelegt habe.“

5. März: Stennes verhält uns immer wieder klugzumachen. Er ist nicht darum bemüht, die vom Volke eingeleitete Regierung zu stützen. Es geht nur darum, endlich Sachminister auf die Ministerposten zu bekommen. Die meisten glauben das nicht. Ich sehe noch nicht klar und weiß nicht recht, was ich davon halten soll. Soviel steht aber fest, daß das nicht der wahre Grund ist, es geht um anderes.

6. November: Stennes gab heute den Streifenführern bekannt, daß morgen um 11 Uhr eine Suche nach Waffen vom V. B. B. bei uns stattfinden wird. Sie könnten allerhand finden. Aber bis morgen ist eine lange Zeit.

7. November: ... Gestern hat die Waffensuche tatsächlich stattgefunden. Wie vorausgesehen, wurde nichts gefunden. Es waren nur noch Karabiner in der Kaserne, wir haben aber auch die Mann die ganze Nacht geschuftet, wie die Waffensuche war gar nicht leicht, alles sah mich an zu sträuben. Das meiste wurde unter Leitung von Wachmeister abgehoben. Die Hauptkassette ist, daß sie nichts gefunden haben. Sie sind abgezogen wie degottene Pudel.

8. November: Dieser Leset werden sich noch erinnern, daß während des Baltikumabenteuers in Berlin und später in Potsdam so mancherlei Vermondi-Geld hergestellt wurde. Die Soldaten wurden damit gelohnt. Das Geld war völlig wertlos. Bei der Rückkehr nach Deutschland belamen die Baltikumer dennoch die Reichskasse für die sie diese Fehlen mehrere Millionen Mark ausgegeben. Gegen die Betrüger sollten polizeiliche Maßnahmen unternommen werden. Der Erfolg blieb aus, mußte ausbleiben, weil die Falschmünzer mit Unterstützung deutscher Beamten arbeiteten.

9. November: ... fragen nunmehr das Polizeipräsidium und die preußische Regierung, wie lange der öffentliche Skandal noch fortauern soll. Bist das Polizeipräsidium und das preußische Ministerium die Betrüger verfolgen soll und sich selbst die schwersten Verbrechen schuldig macht, für geeignet, der Regierung zu dienen? Die Aushebung dieser Bande ist notwendig, weil die Öffentlichkeit wertvoller als alle Zeitungsverbote. Die Behörden, gegen den Hauptmann Stennes

und seine Kumpane etwas zu unternehmen, weil dieser sonst selbst gezwungen werden könnte, Dinge zu sagen, die den Männern der früheren Regierungen nicht angenehm in die Ohren klingen? Wir warten auf Antwort!

Die Valutaspekulation

Selbst der bürgerlichen Presse steigen Bedenken über die Folgen der jugelosen Börsenspekulation auf. In der gestrigen Morgenausgabe der „Vollständigen Zeitung“ hat Georg Bernhard einen Artikel veröffentlicht, worin er die Ursachen für die Entwertung der deutschen Mark untersucht. Er sagt, daß ein besonderes Mißtrauen des Auslandes gegen Deutschland durchaus nicht bestehe, der Herd der Währungsbewegung für die Mark liege in Deutschland selbst. Er fährt weiter aus:

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei allem Ernst der Lage in Deutschland die augenblickliche Panik auf dem Markt der deutschen Valuta durch eine ganz jugellose Spekulation hervorgerufen wird. Wenn es nicht gelingt, dieser Ausbreitung Herr zu werden, so kann sich daraus allerdings jene Katastrophe sehr schnell entwickeln, die vielleicht noch aufhaltbar ist, wenn die Besonnenheit wiederkommt. Man braucht nur daran zu denken, daß augenblicklich in Deutschland eine recht große Menge von Milliarden an ausländischen Guthaben vorhanden ist. Wenn es erst gelingt, das Vertrauen des Auslandes so weit zu erschüttern, daß diese Milliarden zurückgezogen werden, wenn ferner ein weiterer rascher Rückgang der Mark momentan auch in den Augen der deutschen Kleingeldbesitzer und Geldbesitzer das deutsche Geld als Zahlungsmittel vollkommen ausschreibt, so muß das schließlich zu den schwersten Erschütterungen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art führen. Niemand vermag heute mit einiger Genauigkeit anzugeben, wie groß der Wert der Mark wohl noch ist. Ihre Bewertung im Ausland hängt zum größten Teil von Vertrauensmomenten ab. Das Vertrauen ist an sich schon eine besonders zerbrechliche Pflanze. Aber wie kann man schließlich vom Ausland Vertrauen verlangen, wenn von Deutschland her dauernd das Warnsignal gegeben wird. Der Kampf gegen die jugelhaften Spekulanten der Spekulation, der dringend notwendig geworden ist, muß aber völlig ergebnislos bleiben, wenn die außerordentlichen Schwierigkeiten der deutschen Lage dauernd auch noch durch die deutsche Innenpolitik erschwert werden. Daß gerade in solcher Zeit Bayern gegen das Reich im Kampf aufmarschiert, daß in so schweren Tagen die Agitation von der extremen Rechten her mit einer Skrupellosigkeit geführt wird, wie sie noch nicht dagewesen ist, das ist ein Zeichen für das geringe Maß von Verantwortungsgefühl, das zurzeit in Deutschland herrscht.“

Das „Berliner Tageblatt“ gibt eine Meldung aus New York wieder, wonach der neue starke Rückgang der Mark in Zusammenhang gebracht werde mit der Hausse der Dollardevisen an der Berliner Börse. Es sagt dazu:

„Es ist klar, daß dieses Verhalten der hiesigen Spekulation im Ausland großes Entsetzen hervorzurufen und dazu führen muß, daß das Ausland den letzten Rest von Vertrauen, den es noch zu unserer Valuta hat, verliert. Wir haben auf die ungeliebten Verhältnisse, die am hiesigen Devisenmarkt bestehen, schon oft aufmerksam gemacht, und sie sind in der Öffentlichkeit auch zur Genüge bekannt. Man muß annehmen, daß die Stellen, die mit der Aufsicht über die Börse betraut sind, ebenfalls diese Kenntnis besitzen, und sich daher um so mehr wundern, daß zur Eindämmung der mahlösen Devisenspekulation und Devisenhandlung nicht das mindeste geschieht.“

Auch in anderen Blättern werden Maßnahmen gegen die Spekulation gefordert. Wir haben wiederholt schon darauf hingewiesen, daß nur eine Maßnahme eine entscheidende Wirkung zugunsten der deutschen Zahlungsbilanz ausüben kann, und das ist die stärkste Heranziehung des Geldes zu den Kosten der Reparation und des Staatshaushalts. Die von der Regierung vorgelegten Steuern sind nicht geeignet, dieses Problem zu lösen; sie werden nur eine weitere Vermehrung des Papiergeldumschlages herbeiführen, und damit die Vertreibung der Bevölkerung der breiten Massen der Bevölkerung ins Unertüglige steigern. Was nützt, das ist die Ersaffung der Sachwerte, die Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Produktion und die schärfste Kontrolle des deutschen Außenhandels.

Gestern war die Börse geschlossen. Bei der Notierung der Devisenkurse erlitt der Dollar eine kleine Abschwächung. Nachdem er am Donnerstagabend auf 101 Mark gestiegen war, ging er gestern auf 96 wieder zurück.

Eine neue Schimpfepistel

Sinowjews Bekenntnis zum Anarchismus

Das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale veröffentlicht einen Offenen Brief an die kommunistische Arbeiterpartei, worin diese zum Anschluß an die kommunistische Partei ermahnt wird. Die Epistel ist von Sinowjew verfaßt worden, und deshalb braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß sie mit Schimpfereien gegen alle die Arbeiter erfüllt ist, die sich von den „Turkstanern“ nicht erleuchten lassen wollen. Man liest da von „unabhängigen Verrätern“, von Hilfsding und Crispian, die den revolutionären Kampf verraten hätten, von den „Kapitalhergen“, von den beiden „konterrevolutionären Parteien“ S. P. D. und U. S. P., dann wieder einmal von den „stenden Verrätern der Menschheit und ähnlichem Gesindel“, noch schlimmer freilich als die „Menschheit“ kommen Lauffenberg, Wolfheim, Kühle und Pfemfert weg, die zu den „schuldigsten Verrätern der deutschen Revolution“ ernannt werden. Das Wesentliche dieses Offenen Briefes ist in folgendem Satze enthalten:

„Denn alle diese konterrevolutionären Elemente wissen, daß eine Sowjetrepublik, die das Schlagwort von der Herrschaft der Klasse, nicht der Partei vertritt, die sich also nicht stützt auf die organisierte Macht des proletarischen Kampfes, nicht existieren kann. Sie müßte sich notwendig auflösen und eine Beute der Konterrevolution werden. Ich habe Beispiele in der ungarischen und in der baltischen proletarischen Diktatur, die den unüberleglichen Beweis für diese Behauptung geben. In den Zeiten des Ringens zwischen Proletariat und Bourgeoisie dieses Ringens auf Leben und Tod kann die Herrschaft der Arbeiterklasse nur erobert, gehalten und immer wieder auf neue Errichte werden durch die in der kommunistischen Partei organisierte Kraft der bewußtesten, kühnsten, aufopferungsfähigsten und rücksichtslosesten Teile des Proletariats.“

Diese Auffassung hat mit Sozialismus nichts mehr zu schaffen, sie ist nichts anderes als ein Rückfall in die Theorien des Anarchismus. Was Sinowjew heute als letzte kommunistische Weisheit ausschreit, das kann man, und fast genau mit denselben Worten, in den Schriften der anarchistischen Führer, wie Bakunin, nachlesen. Auch sie haben gepredigt, daß eine kleine Schar „entschlossener“ und „kühner“ Revolutionäre genüge, um die Bourgeoisie zu stürzen und die Herrschaft des Proletariats zu errichten. Der Sozialismus lehrt, daß das Proletariat nur als organisierte Klasse imstande ist, die kapitalistische Produktions- und Staatsverfassung umzuwälzen; der Anarchismus dagegen verzichtet auf die proletarische Klasse und begnügt sich mit der Verschwörertruppe, die im Stillen ihren besten Nährboden findet. Gerade die Hinweise der Moskauer Exekutive auf Ungarn und München zeigen die Uebereinstimmung zwischen kom-

munistischer und anarchistischer Doktrin: Hätte dort nur die berühmte „Brotzeit“, ein „entschlossener“ Haufe von „bewußten“ Revolutionären die Geschichte in die Hand genommen, so wäre alles gut gegangen. Jeder Sozialist dagegen weiß, daß der Zusammenbruch der Räteherrschaft in Ungarn und in München nur deshalb erfolgt ist, weil sowohl die ökonomische wie die politische Basis für sie zu schwach war. Wenn also bisher noch Zweifel möglich waren über die Entwicklung des Kommunismus zum Anarchismus und zum Putschismus, so werden sie jetzt durch das Offene Schreiben an die K. U. P. D. gestreut.

Die „Rote Fahne“ druckt einen Teil des Offenen Briefes ab. Es ist aber bemerkenswert, welche Stellen sie daraus fortläßt. So unterdrückt sie die Bemerkungen über die tschechischen Kommunisten; Sinowjew sagt, daß es der Moskauer Kongress nicht veranlassen konnte, „in der Ukraine eine Spaltung herbeizuführen, weil man in Moskau immer noch die Hoffnung habe, daß die tschechischen Kommunisten ihre opportunistischen Führer hinauswerfen würden. Auch von den Schimpfereien auf die Unabhängigen und Rechtssozialisten, auf die Gewerkschaften und die übrigen „Menschheit“ erfahren die Leser der „Roten Fahne“ nicht viel, denn es könnte sie doch bedenklich stimmen, daß von so hervorragender Stelle dieselben Leute mit den niederträchtigsten Verleumdungen überschüttet werden, mit denen man jetzt eine Einheitsfront bilden will.

Im übrigen geht die Betrunkenung der Vereinigten Kommunistischen Partei munter fort. Dem Beispiel des Abgeordneten Teuber (Bodrum), der schon vor mehreren Monaten aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist, folgte nunmehr die kommunistische Abgeordnete Frau Wadwig. Es sitzen also drei verschiedene Richtungen auf den Bänken der Kommunisten: 1. die Wilden; Teuber und Wadwig; 2. die „ausgeschlossenen“: Levi, Seger, Düwelle und Reich und 3. die Fraktion der Kommunisten.

Der mitteldeutsche Aufstand

Deutschnationale Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags setzte am Freitag die Vernehmung des Generalzeugen fort, und zwar erfolgt zunächst die des Oberpräsidialrats Breyer.

Dieser bekundete, daß die Entwaffnung in bürgerlichen Kreisen mit Ausnahme des preussischen Landes fast restlos durchgeführt worden ist. Den Aufständigen sind zahllose Waffen der Einwohnerwehr in die Hände gefallen. Von einer von langer Hand vorbereiteten roten Armee kann man nicht sprechen. — Abg. Heidenreich (D. Sp.) fragt, ob dem Zeugen bestimmte Nachrichten über das Bestehen einer roten Armee zugegangen seien. Zeuge verneint das, er hat derartige Nachrichten nur aus Zeitungen entnommen.

Hinsichtlich der Bewahrung der Landräte und Amisvorsitzer erklärt Zeuge auf Befragen, dem Oberpräsidium habe nur die Bestätigung der Amisvorsitzer vorgelegen. Zeuge weist gegenüber einer Frage des Abg. Kaufhold darauf hin, er habe sich zum Einschreiten gegen die zur kommunistischen Partei übergetretenen Amisvorsitzer nur für befugt gehalten, wenn sich diese durch positive Handlungen im Sinne der kommunistischen Partei betätigt hätten, so bei Vorbereitung von Aufständen.

Abg. Ehrhange (U. Soj.): Worauf stützen sich Ihre Gründe, in der Verfassung können sie nicht liegen, hätten Sie eine Amisbefugnis für Ihre Haltung? Zeuge: Vor der Teilung der unabhängigen Partei, müßten Angehörige dieser Partei unbedingt als solche angesehen werden, die nicht für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände eintreten würden, deshalb konnte ich Personen, die sich zu dieser Richtung bekannnten, nicht als geeignet, für die Wahrnehmung öffentlicher Funktionen ansehen. Die Frage nach meiner Amisbefugnis brauche ich wohl nicht zu beantworten. — Abg. Ehrhange: Hätten Sie die gleichen Bedenken, wenn es sich um rechtsstehende Persönlichkeiten handelte, daß auch Sie nicht für diese Ämter geeignet seien? Zeuge: Ich bin nicht verpflichtet, auf diese Frage zu antworten.

Abg. Dr. Biednack (U. Soj.): Ich stelle fest, daß der Zeuge jede ihm vorgelegte Frage zu beantworten hat. — Der Vorsitzende weist darauf hin, daß er persönlich die Frage des Abg. Ehrhange für zulässig halte. — Abg. v. Drander: Ich bin der Ansicht, daß ein Deutschnationaler, der zum Verfassungsbruch auffordert, nicht geeignet ist, von einem Oberpräsidenten des heutigen Staates beauftragt zu werden. Die Zugehörigkeit zur deutschnationalen Partei, die jahresgemäß auf dem Boden der Verfassung steht und eine Aenderung nur auf verfassungsmäßigem Wege duldet, ist dagegen kein Grund zur Verlagerung der Bestätigung. — Abg. Dr. Biednack: Mit Rücksicht auf die Bedenken, die der Zeuge im Hinblick auf die Bestätigung von Angehörigen der unabhängigen Partei geäußert hat, lege ich Wert darauf, zu hören, wie er gegenüber den Vertretern der äußersten Rechten verfahren sein würde. — Zeuge: Ich würde nach den gleichen Grundfragen verfahren sein, ich hätte die Bestätigung verlangt, wenn ich die Ueberzeugung gehabt hätte, daß die betreffende Person eine gewalttätige Tätigkeit gegen die Staatsordnung mitgemacht hätte. — Vorsitzender: Sind Fälle vorgekommen, in denen Sie die Bestätigung rechtsstehender Amisvorsitzer aus diesen Gründen verweigert haben? Der Zeuge gibt einen derartigen Fall an. — Abg. Dr. Biednack: Sind Ihnen nicht nach dem Kapp-Putsch Bedenken gegen die Bestätigung von Amisvorsitzern der extremen Rechten gekommen? — Zeuge: Mir ist kein Fall bekannt geworden, in denen ich Bedenken gehabt hätte. — Auf Befragen des Abg. Dr. Biednack gibt der Zeuge an, daß andere Mittel als den Einbruch der Schutzpolizei nicht erzwungen worden seien, weil sie nicht in Frage kamen.

Ueber die Polizeikontrollen äußert sich Ministerialdirigent Breyer: Zunächst glaube man nicht, daß gerade ein Aufstand in Sachen drohe, wenn auch manchmal auf die Gefahr hingewiesen wurde. Ein starkes Polizeiaufgebot verbot sich aus politischen Gründen. Es wurde also eine Verhinderung der Polizeitruppen vorgenommen. Die Aktion ist vom Ministerium zentral geleitet worden mit Hilfe einer gleich bei Beginn des Aufstandes eingeleiteten polizeilichen Leitung. — Ueber die Verfügungsfähigkeit der tschechischen Schutzpolizei erklärt der Zeuge, ein objektiver Unterschied sei schwer zu machen. Innerhalb des Offizierskorps bestand eine Spaltung, namentlich eine bedauerliche Hege gegen Major Polte, der aus der blauen Polizei hervorgegangen ist. Gegen die Hinzuziehung von Reichswehr nahmen alle beamteten Stellen, auch die Polizeioffiziere, Stellung. Auch im Reichsministerium, an dessen Sitzungen ich teilnahm, war man sich darüber einig, daß die Reichswehr höchstens als Reserve heranzuziehen sollte. — Die Behauptung des Abg. Heidenreich, Oberpräsident Häfing habe eine Amnestie für Waffenablieferer erlassen, die den Reichsgelehrten widersprechen, bestreitet der Zeuge.

Damit ist die Vernehmung des Ministerialdirigenten Breyer abgeschlossen. Am Samstag um 10 Uhr sollen Entwaffnungskommissar Dr. Peters und Oberregierungsrat Freytag vernommen werden.

Die Ruhe in Altengrabow. Das Lager Altengrabow, das bis Ende August von Truppenteilen der zweiten Infanteriedivision besetzt war, und jetzt für die Reiterregimenter 3 bis 8 zur Verfügung stehen sollte, mußte wegen Murrens von rührdrühtlichen Darmerkrankungen gesperrt werden. Die bereits im Lager befindlichen Teile der Reiterregimenter 5 und 6, die teilende Abteilung Artillerieregiment 2 und das 2. Bataillon Infanterieregiment 4 wurden im Lager zurückgelassen, um die Infanteriekompanie nicht zu verschleppen. Es sind bis jetzt 4 Todesfälle an Ruhr vorgekommen. Die Erkrankungsfälle verlaufen im übrigen günstig. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern.



495
Herrn-Schneider
675

915

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4



Kottbuser Tor

375
Herrn-Anzüge
495

700

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Röpenicker Str. 66.
7 1/2 Uhr: Lokalbahn

Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Cool fan tutto
7 1/2 Uhr: Peer Gynt

Deutsches Theater
7 Uhr: Koon

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Potisch u. Perimutter
Großes Schauspielhaus
Sachsstraße
7 Uhr: Florian Weger

Königgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Satans Maske
Mit dem Feuer spielen

Romödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Wabmann

Jonny's
Busenfreund

Berliner Theater:
7.30: Nur noch 2 Vorstellungen:
DAS
Milliarden
SOUPER

Theater
am **Kottendorplatz**
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Residenz-Theater
Paul Wegener, Jena Triebich
in **Totentanz**

Trianon-Theater
8 Uhr: Die Waise in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Carola Tesse in
Frl. Josefa — meine Frau

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Erzählung **Mare**
Sonntag 2 1/2 Uhr: **Mittelfarveit**

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die **Strohwitwe**
Operette von Leo Blach

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Rose-Theater
8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten

Walhalla-Theater
7.30 Uhr:
Die schöne Helena

Thalia-Theater
7 1/4 Operette 7 1/4
von der ganz Berlin
sprechen wird

Scham' Dich-Lotte
mit
Eduard
Lichtenstein
u. G.

Apollotheater
Friedrichstraße 218
Internationales
Varieté-Programm
Auslands-Sensationen

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 16077
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3.31.
Billigen-Konzert
Elite-Sänger
Berok. 11-12, u. 4-6

11 Schläger
Behrenstraße 54.
8 Uhr:

Circus
Taraselli
Bahnhof Friedridstr.
Vorstellung
Heute
4 u. 8 U.

Säle frei!
für Festlichkeiten
u. Versammlungen
zu jählichen Preisen
Keller, Kesselfe, Rappentstr. 29
Zuhörer: Gustav Semazki

25 Mk.
möchtliche
Teilzahlung
Herrn-
Anzüge
in nur gediegenen
Ausführungen
u. Stoffen
Gebr. Kassner
Bismarckstraße 6
am Kottendorplatz.

Trotz
des
Tiefenstreichs
u. stetig anziehend. Preise
liefere noch wirklich
billig
Möbel
auf
Teilzahlung
bei kleiner An- u. Abzahlung
Bücherl., Wohnzeugsanrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmers,
Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Ferner: Betten, Gardinen
u. Dekorationsgegenstände
Beiser
Lothringer Str. 67

Unwiderruflich vom 21.
bis 28. September
Große Münchener
Geld-Lotterie
26920 Gewinne
im Gesamtbetrag von
1 Million M.
150 000
100 000
50 000
Lose zu 6 M.
Postgebühr und Gewin-
liste 1.45 Mk.

H.C. Kröger
Berlin W 8, Friedrichstr. 192/93
an der Leipziger Str.

Klassiker
sind ein Schmuck für jede Bibliothek
Solange Vorrat liefern wir

Chamisso-Werke 1 Band 12.- M.
Freiligrath- " 3 Bände 50.- "
Goethe- " 4 " 48.- "
" " 4 " 80.- "
" " 6 " 138.- "
Heine- " 5 " 90.- "
Herwegh- " 1 Band 20.- "
Hölderlin- " 2 Bände 30.- "
Ibsen- " 2 " 22.- "
Körner- " 1 Band 20.- "
Lenau- " 1 " 12.- "
Lessing- " 2 Bände 24.- "
Reuter- " 4 " 48.- "
Schiller- " 4 " 48.- "
Shakespeare- " 4 " 48.- "
Storm- " 3 " 54.- "

Gu gebunden
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 * Breite Strasse 8-9

Trauringe
in Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 500 gestempelt 78 Mk.,
1 Trauring 285 68
1 Trauring 233 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfälschung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackell-Anzüge, Cutaways, Uster
teils auf Seide, jetzt 350-500 Mk.
Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche,
Wäsche, Gardinen, enorm billig!
Kreuzwaren 50 pCt. billiger!
Kreuzfäden, Zooli-, Blau-, Weiß-, Silber-
fäden, Kette, Leinwand, Keine Leinwandwaren.

Reunion
Neu aufgenommen! * Volle Formate!
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Im
BERLINER
THEATER
wird die diesjährige
Novität
PRINZESSIN
OLALA
von **Rudolf Bernauer**
und **Rudolph Scharzen**
Musik von
JEAN GILBERT
vorbereitet.
In der Titelrolle
Prinzessin Olala
tritt als Gast
FRITZI MASSARY
wiederum im
Berliner Theater auf.
Die übrigen Hauptrollen
werden dargestellt von
RALPH ARTHUR ROBERTS
PEPI ZAMPA
HERBERT KIPER
GRETE LIND
ROBERT SCHOLZ
OLGA ENGL
PAUL REHKOPF
ERNST BEHMER
FELIX ROSSERT
JENNY MARBA
FRIEDA LEHNDORFF
Vorverkäufe für die ersten acht
Vorstellungen werden an der
Kasse entgegengenommen.

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
auf **Teilzahlung**
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderpl.
Büro: Badstr. 47/48.
5 Min. u. Bhf. Gefundbr.

Heilung
mit **Schubpau**
von **Carl Sauber & Sohn**
so findet man
durch Sparsamkeit seinen Sohn.

Homöopath
Inst. (1903). Erfol-
reiche giftfreie Kur
ohne Einspritzung.
(Sprechzeit 10-1, 4-7,
Sonnt. 10-1.) **KRIES,**
Georgenkirchplatz 21,
am Alexanderpl. Dienst-
tag und Sonntag
Hohenschönhausen 55
Hohenschönstr. 41, Freitag
keine Sprechstunde.
(Telephon.) Auskunft
u. Broschüre 1.- Mk.
Porto.

Klassiker
sind ein Schmuck für jede Bibliothek
Solange Vorrat liefern wir

Chamisso-Werke 1 Band 12.- M.
Freiligrath- " 3 Bände 50.- "
Goethe- " 4 " 48.- "
" " 4 " 80.- "
" " 6 " 138.- "
Heine- " 5 " 90.- "
Herwegh- " 1 Band 20.- "
Hölderlin- " 2 Bände 30.- "
Ibsen- " 2 " 22.- "
Körner- " 1 Band 20.- "
Lenau- " 1 " 12.- "
Lessing- " 2 Bände 24.- "
Reuter- " 4 " 48.- "
Schiller- " 4 " 48.- "
Shakespeare- " 4 " 48.- "
Storm- " 3 " 54.- "

Gu gebunden
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 * Breite Strasse 8-9

Trauringe
in Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 500 gestempelt 78 Mk.,
1 Trauring 285 68
1 Trauring 233 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfälschung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackell-Anzüge, Cutaways, Uster
teils auf Seide, jetzt 350-500 Mk.
Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche,
Wäsche, Gardinen, enorm billig!
Kreuzwaren 50 pCt. billiger!
Kreuzfäden, Zooli-, Blau-, Weiß-, Silber-
fäden, Kette, Leinwand, Keine Leinwandwaren.

Reunion
Neu aufgenommen! * Volle Formate!
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
auf **Teilzahlung**
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderpl.
Büro: Badstr. 47/48.
5 Min. u. Bhf. Gefundbr.

Heilung
mit **Schubpau**
von **Carl Sauber & Sohn**
so findet man
durch Sparsamkeit seinen Sohn.

Homöopath
Inst. (1903). Erfol-
reiche giftfreie Kur
ohne Einspritzung.
(Sprechzeit 10-1, 4-7,
Sonnt. 10-1.) **KRIES,**
Georgenkirchplatz 21,
am Alexanderpl. Dienst-
tag und Sonntag
Hohenschönhausen 55
Hohenschönstr. 41, Freitag
keine Sprechstunde.
(Telephon.) Auskunft
u. Broschüre 1.- Mk.
Porto.

Klassiker
sind ein Schmuck für jede Bibliothek
Solange Vorrat liefern wir

Chamisso-Werke 1 Band 12.- M.
Freiligrath- " 3 Bände 50.- "
Goethe- " 4 " 48.- "
" " 4 " 80.- "
" " 6 " 138.- "
Heine- " 5 " 90.- "
Herwegh- " 1 Band 20.- "
Hölderlin- " 2 Bände 30.- "
Ibsen- " 2 " 22.- "
Körner- " 1 Band 20.- "
Lenau- " 1 " 12.- "
Lessing- " 2 Bände 24.- "
Reuter- " 4 " 48.- "
Schiller- " 4 " 48.- "
Shakespeare- " 4 " 48.- "
Storm- " 3 " 54.- "

Gu gebunden
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 * Breite Strasse 8-9

Trauringe
in Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 500 gestempelt 78 Mk.,
1 Trauring 285 68
1 Trauring 233 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfälschung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackell-Anzüge, Cutaways, Uster
teils auf Seide, jetzt 350-500 Mk.
Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche,
Wäsche, Gardinen, enorm billig!
Kreuzwaren 50 pCt. billiger!
Kreuzfäden, Zooli-, Blau-, Weiß-, Silber-
fäden, Kette, Leinwand, Keine Leinwandwaren.

Reunion
Neu aufgenommen! * Volle Formate!
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
auf **Teilzahlung**
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderpl.
Büro: Badstr. 47/48.
5 Min. u. Bhf. Gefundbr.

Heilung
mit **Schubpau**
von **Carl Sauber & Sohn**
so findet man
durch Sparsamkeit seinen Sohn.

Homöopath
Inst. (1903). Erfol-
reiche giftfreie Kur
ohne Einspritzung.
(Sprechzeit 10-1, 4-7,
Sonnt. 10-1.) **KRIES,**
Georgenkirchplatz 21,
am Alexanderpl. Dienst-
tag und Sonntag
Hohenschönhausen 55
Hohenschönstr. 41, Freitag
keine Sprechstunde.
(Telephon.) Auskunft
u. Broschüre 1.- Mk.
Porto.

Klassiker
sind ein Schmuck für jede Bibliothek
Solange Vorrat liefern wir

Chamisso-Werke 1 Band 12.- M.
Freiligrath- " 3 Bände 50.- "
Goethe- " 4 " 48.- "
" " 4 " 80.- "
" " 6 " 138.- "
Heine- " 5 " 90.- "
Herwegh- " 1 Band 20.- "
Hölderlin- " 2 Bände 30.- "
Ibsen- " 2 " 22.- "
Körner- " 1 Band 20.- "
Lenau- " 1 " 12.- "
Lessing- " 2 Bände 24.- "
Reuter- " 4 " 48.- "
Schiller- " 4 " 48.- "
Shakespeare- " 4 " 48.- "
Storm- " 3 " 54.- "

Gu gebunden
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 * Breite Strasse 8-9

Trauringe
in Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 500 gestempelt 78 Mk.,
1 Trauring 285 68
1 Trauring 233 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfälschung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackell-Anzüge, Cutaways, Uster
teils auf Seide, jetzt 350-500 Mk.
Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche,
Wäsche, Gardinen, enorm billig!
Kreuzwaren 50 pCt. billiger!
Kreuzfäden, Zooli-, Blau-, Weiß-, Silber-
fäden, Kette, Leinwand, Keine Leinwandwaren.

Reunion
Neu aufgenommen! * Volle Formate!
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

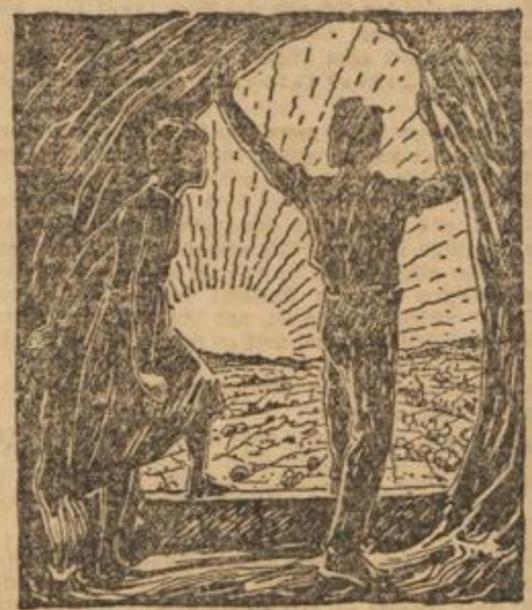
Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Sur
Jugendweihe
Die Schwelle



Gedächtnis und Gedanken für die proletarische Jugend
Herausgegeben von **Rudolf Schwarzlapp**
Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von **Hans Belaschek**
In geschmackvollem Einband 12.- Mark

Organisatorien bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
auf **Teilzahlung**
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderpl.
Büro: Badstr. 47/48.
5 Min. u. Bhf. Gefundbr.

Heilung
mit **Schubpau**
von **Carl Sauber & Sohn**
so findet man
durch Sparsamkeit seinen Sohn.

Homöopath
Inst. (1903). Erfol-
reiche giftfreie Kur
ohne Einspritzung.
(Sprechzeit 10-1, 4-7,
Sonnt. 10-1.) **KRIES,**
Georgenkirchplatz 21,
am Alexanderpl. Dienst-
tag und Sonntag
Hohenschönhausen 55
Hohenschönstr. 41, Freitag
keine Sprechstunde.
(Telephon.) Auskunft
u. Broschüre 1.- Mk.
Porto.

Klassiker
sind ein Schmuck für jede Bibliothek
Solange Vorrat liefern wir

Chamisso-Werke 1 Band 12.- M.
Freiligrath- " 3 Bände 50.- "
Goethe- " 4 " 48.- "
" " 4 " 80.- "
" " 6 " 138.- "
Heine- " 5 " 90.- "
Herwegh- " 1 Band 20.- "
Hölderlin- " 2 Bände 30.- "
Ibsen- " 2 " 22.- "
Körner- " 1 Band 20.- "
Lenau- " 1 " 12.- "
Lessing- " 2 Bände 24.- "
Reuter- " 4 " 48.- "
Schiller- " 4 " 48.- "
Shakespeare- " 4 " 48.- "
Storm- " 3 " 54.- "

Gu gebunden
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2 * Breite Strasse 8-9

Trauringe
in Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Trauring, 500 gestempelt 78 Mk.,
1 Trauring 285 68
1 Trauring 233 30
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verfälschung.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Grunenstraße 41.
Kontor und Verkaufsstelle dort 1. Trepp.

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Moritzplatz 58a**

</

Groß-Berlin

Man muß es sich nur etwas kosten lassen

Die Bestechlichkeit der Wohnungsämter

Die auffällige Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Fällen es von auswärtigen zureichenden Vermögenden Personen möglich geworden war, innerhalb weniger Tage eine große Wohnung zu erlangen, während andere Personen seit Monaten vergeblich auf Zuweisung von Wohnungen warten, hat allmählich das bekannte offene Geheimnis verursacht, daß bei den Wohnungsämtern vielfach nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Bei den drei Berliner Landgerichten schweben zur Zeit eine große Anzahl von Strafsachen gegen bestechliche Beamte der Wohnungsämter und die Bestechenden, aber die meisten dieser Fälle verlaufen leider wie das Hornberger Schiefen, da sowohl der Bestochene wie der Bestecher aus guten Gründen den Mund halten und die Folge ist eine Freisprechung mangels ausreichenden Beweises.

Zwei derartige Fälle beschäftigten jetzt wieder die Ferienstrafkammern. In dem ersten Fall waren der Beamte der Wohnungsinspektion I. Fritz Rosenberg und der Kaufmann Max Dirksfeld, wegen passiver bzw. aktiver Bestechung angeklagt. Dem Angeklagten Dirksfeld war es gelungen, überraschend schnell in der Jägerstraße eine Wohnung zu erlangen. Er selbst machte sich dadurch verdächtig, daß er schon vorher gedroht hatte: „Zum 1. April habe ich eine Wohnung, man muß sich die Sache nur etwas kosten lassen!“ Bei einer anderen Gelegenheit erzählte er, er habe dem Rosenberg 1000 Mark und Lebensmittel gegeben, „wenn die Sache herauskomme, sage er einfach: Rosenberg sei ein Verwandter und es handle sich nur um eine verwandtschaftliche Gefälligkeit.“

Vor Gericht bestritten die Angeklagten das Vorliegen einer Bestechung. Von den Rechtsanwältinnen Dr. A. Brandt und Max Chodziesner wurde unter Beweis gestellt, daß Dirksfeld sehr zur Renommisterei neige und jene Bemerkungen lediglich hierauf zurückzuführen (!) seien. Das Gericht mußte aus Mangel an Beweisen freisprechen.

Schlechter erging es dem bei dem Wohnungsamt Charlottenburg tätigen Ingenieur Müller, der sich ebenfalls wegen Bestechung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte ein technisches Gutachten über die Verwendbarkeit eines Hauses in der Berliner Straße in Charlottenburg für eine chirurgische Klinik zu erstatten. Dieses Gutachten, von dem für die Interessenten sehr viel abhing, da sie das Grundstück zu einem enormen Preis an den Klinikinhaber verkaufen, und den Mietern kündigen wollten, wurde dann mit der Bitte um Beschleunigung mit Hilfe einiger blauer Pappen etwas „geschmiert“.

Die Sache kam jedoch heraus und gegen M. wurde Anklage erhoben. Vor Gericht bestritt Rechtsanwalt Dr. S. Kron, daß der § 2 der Verordnung vom 3. Mai 1917 verletzt sei, da der Angeklagte nicht für die Erstattung des Gutachtens selbst, sondern für eine Beschleunigung ein Geschenk angenommen habe. Das Gericht sah jedoch als erwiesen an, daß eine Bestechung vorliege und erkannte auf 1000 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 3000 Mark Geldstrafe beantragt.

„Man muß es sich nur etwas kosten lassen“, das können die Leute, die es dazu haben, nicht nur nach ihren guten Erfahrungen mit den Wohnungsämtern sagen, sondern auch — und das ist der größere Standa! — mit den Gerichten. Was sind für diese Leute tausend Mark Geldstrafe!

Wenn schon eine Verurteilung von bestechlichen Beamten und bestechenden Reichen so selten möglich ist, dann muß es doppelt merkwürdig an, daß das Urteil, wie im vorliegenden Falle, so auffallend milde ist und noch hinter dem Antrag des Staatsanwalts zurückbleibt!

Vom Charlottenburger Bezirksamt erwarten wir aber, daß dieser Ingenieur, einerlei, ob er Haupt- oder nebenamtlich beim Wohnungsamt tätig ist, sofort straflos entlassen wird. Es ist unmöglich, daß ein Wohnungsamt einen Beamten beschäftigt, dem gerichtsnotarisch seine Bestechlichkeit nach-

gewiesen ist. Wir erwarten, daß es keiner weiteren Mahnung von unserer Seite bedarf, um dieser selbstverständlichen Forderung zur schleunigen Erfüllung zu verhelfen.

Lohnbewegung der städtischen Angestellten

Entsprechend dem Beschluß in der Funktioniärenversammlung vom Donnerstag ist Freitag morgen sofort in allen städtischen Betrieben die Urabstimmung über Eintritt in den Streik vorgenommen worden.

Die Abstimmungsergebnisse ergaben eine Mehrheit von 95 Prozent für den Streik, so daß bestimmt mit dem Ausbruch desselben zu rechnen ist, wenn nicht der Magistrat, der am Sonnabend, mittags 12 Uhr, zu einer außerordentlichen Magistrats-sitzung zusammentritt, seinen ablehnenden Standpunkt ändert. Inzwischen hat auch der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg als Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtes vom 19. August ausgesprochen und damit auch seinerseits zum Ausdruck gebracht, daß die Weigerung des Magistrats, einen Tarifvertrag für die Angestellten der städtischen Betriebe abzuschließen, gänzlich unhaltbar ist.

Trotz der unter den Angestellten herrschenden begrifflichen Erregung, die durch die lange Hinzuziehung der Verhandlungen noch erheblich gesteigert ist, hat der Streikausschuß gemeinschaftlich mit den Gewerkschaftsvertretern, trotz des überwältigenden Abstimmungsergebnisses, beschlossen, auch noch das Ergebnis dieser Magistratskonferenz abzuwarten.

Die Funktioniäre der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke und der Häfen werden am Sonnabend, nachmittags um 1 Uhr, in Rosslagers Vereinshaus, Landsberger Straße 89, versammelt sein und dort zu dem zu erwartenden Beschluß des Magistrats Stellung nehmen.

Die Stellungnahme der Funktioniäre

Die Funktioniäre der städtischen Arbeiter und Angestellten, die am Freitag in einer überfüllten Versammlung bei Alems, Hasenheide, zu dem gefällten Schiedsgericht Stellung nahmen, kamen nach einem Bericht des Kollegen Polenzke und nach ausführlicher Diskussion mit übergroßer Mehrheit zu dem Beschluß, den Schieds-spruch anzunehmen. Die Urabstimmung soll in den nächsten Tagen in den Betrieben stattfinden.

Die Stellungnahme der sozialistischen Parteien

Zu dem am 19. August gefällten Schiedsgericht des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses, wonach für die städtischen Angestellten ein Tarifvertrag abzuschließen ist, haben unsere Genossen gemeinsam mit der S. P. D.-Stadtverordnetenfraktion nachstehenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erlauben, den am 19. August 1921 ergangenen einstimmigen Schiedspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses, nach dem für die festbeschäftigten Angestellten der städtischen Betriebe ein Tarifvertrag abzuschließen werden soll, anzuerkennen.

Berlin, den 8. September 1921.
Dr. Wehl und Genossen. Heimann und Genossen.

Heute Entscheidung des Magistrats

Der Magistrat läßt durch das Nachrichtenamt mitteilen, daß er in der heute, Sonnabend, stattfindenden Magistrats-sitzung zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Magistrat dem berechtigten Verlangen der Angestellten Rechnung trägt, und den Schieds-spruch annimmt. Andernfalls der Magistrat schuld daran wäre, daß es zu einem Kampfe kommt, von dem die Berliner Bevölkerung außerordentlich schwer betroffen würde.

Unsere Genossen im Magistrat werden unter allen Umständen ihren Einfluß aufbieten, die Angestellten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Kommunalisierung der Müllbeseitigung

Durch Beschluß vom 2. Juni 1919 genehmigte die damalige Stadtverordnetenversammlung von Berlin-Schöneberg die Uebernahme der Hausmüllbeseitigung in städtische Verwaltung und die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage. Die Müllverbrennungsanlage ist mit einem Kostenaufwand von 14 Millionen Mark fertiggestellt worden. Das Probefahren hat bereits begonnen.

Im Haushaltsplan der Stadt Berlin für das Rechnungsjahr 1921 ist unter Kapitel XII Abteilung 15A des Vermoögensbezirks XI (Schöneberg-Friedenau) das Müllbeseitigungsamt und unter Abteilung 15B desselben Kapitels die Müll- und Schlackenverwertung bereits eingestellt. Die städtischen Körperschaften von Berlin haben sich also bereits grundrätlich mit der Einführung der Müllbeseitigung im Bezirk XI einverstanden erklärt.

Es ist nunmehr der Erlaß einer Vollzeiterordnung erforderlich durch die den Grundstückseigentümern die ausschließliche Benutzung des Müllbeseitigungsamtes als einer Gemeindevorstellung im Sinne des § 11 der Städteordnung zur Pflicht gemacht wird.

Den Entwurf einer derartigen Vollzeiterordnung hat der Magistrat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung zugehen lassen, außerdem den Entwurf eines Ortsgesetzes, wonach die Höhe der Gebühren für das laufende Rechnungsjahr festzulegen ist.

Der Betrieb des Müllbeseitigungsamtes soll in vollem Umfang spätestens am 1. Oktober 1921 aufgenommen werden.

Die Erhöhung der Krankenhauskosten

Die Deputation für das Gesundheitswesen der Stadtgemeinde Berlin beschäftigte sich heute mit der Magistratsvorlage betreffs Erhöhung der Kur- und Pflegekosten in den städtischen Krankenhäusern.

Der Zuschuß der Stadt für das Krankenhauswesen beträgt ca. 76 Millionen Mark jährlich. Der Magistrat beantragt deshalb eine Erhöhung auf 25 M. Die Rechtssozialisten erklärten, diesem Vorschlage ihre Zustimmung geben zu wollen.

Unsere Genossen erklärten, daß es sich hier nicht um Finanzsparmern um Gesundheitsfragen der Berliner Bevölkerung handle. Da die Bevölkerung durch den Krieg in gesundheitlicher Beziehung entsetzlich gelitten hat, muß alles getan werden, um die Gesundheit wieder herzustellen.

Wir stellen daher den Antrag, daß das Gesundheitsamt der Deputation baldigst Vorschläge zu machen hat, wie das Krankenhauswesen rentabler gestaltet werden kann.

Da jetzt ca. 2000 Betten in den Krankenhäusern leer stehen, glaubte der Stadtmedizinalrat lagen zu können, der Gesundheitszustand Berlins habe sich gebessert. Demgegenüber wurde von uns betont, daß der Rückgang wohl zum Teil auf die Sommerzeit zurückzuführen ist, daß aber infolge der hohen Kosten die Krankenkassen und auch die Selbstzahler nur in den dringendsten Fällen die Krankenhausbehandlung anwenden.

Ferner aber bedeutet eine ernste Erhöhung eine bedeutende Belastung des Stadtbudgets, da jetzt schon ca. 40 Prozent der Krankenhausbetten der Armenverwaltung zur Last fallen. Auch müssen die Krankenkassen ihre Beiträge erhöhen. Die geplante durchaus notwendige Familienversicherung wird in Frage gestellt und auch die große Mehrzahl der Nichtversicherungten, Beamte, Handwerker usw., sind nicht in der Lage, erhöhte Kosten aufzubringen.

Wir beantragen deshalb weiter, daß in allen Fällen, wo der Haupterwerbende der Familie nicht über 20000 Mark Einkommen hat, eine Ermäßigung auf die Hälfte der Kosten erfolgt.

Die S. P. D. und der Bürgerblock lehnten unsern Antrag ab und nahmen dafür einen Antrag an, welcher eine Ermäßigung nur dann zuläßt, wenn das Gesamteinkommen in der Familie nicht mehr als 20000 Mark beträgt.

Ein weiterer Antrag von unserer Seite verlangte, daß die neue Erhöhung nur als Provisorium gelten soll. Auch dieser Antrag wurde von der S. P. D. in Gemeinschaft mit dem reaktionären Bürgerblock abgelehnt.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten wurde die Vorlage trotz ihres unsozialen Charakters vom reaktionären Bürgerblock und den Rechtssozialisten angenommen.

Postlagernd und Hohenzollern

Folgende mit Maschine geschriebene Einladung wurde vorgestern abend im Westen durch Jungens verteilt:

„Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

Welche edle, vornehme und womöglich alleinlebende, hübsche Dame, vermögend, mit eigenem Heim, nimmt gebildeten, süddeutschen Herrn, stattliche Erscheinung, Ende der 20er, christlich, von tadelloser Herkunft, zu sich auf?

Derselbe hat in erstem Berliner Eintauchhaus eine leitende Position inne, ist aber lediglich auf seinen Verdienst, der den Anforderungen eines sehr temperamentsvollen Mannes nicht genügt, angewiesen, jedoch jedweder Förderung, die nur das Leben an einen Mann stellen kann, durchaus gewachsen.

Nur Damen, die glauben, den tieferen Sinn dieser Bitte verstanden zu haben, und die einer eventuellen Heirat (!) nicht abgeneigt sind, wollen etwaige Zuschriften unter „Hohenzollern Berlin SW 19 postlagernd“ einfinden.

Ein dieser Offerte eines Zuhälters mißt die Betonung des Christeniums besonders bezeichnend. Stramm antisemitisch, kaiserlich, jeder Forderung gewachsen — also los, Töchter Teufl

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Kohlschreiber verhalten.)

Zu Haus ging das Adieusagen sehr rasch von statten; Kühlung nach Käthens Sache nicht, Gretchen war gerade abwesend, und die Begleitung der Mutter verbat sie sich. Sie ließ sich nie gerne in Gesellschaft der umfangreichen Krimoline setzen, und es war ihr gleich unangenehm, die Mutter, angehen mit dem flachen Hut, an der Seite zu haben, der aussehend, als habe sich jemand darauf gesetzt, oder mit der dreieckigen Kapotte. Bei Käthen mußte alles vernünftig und ordentlich sein; Gretchen dagegen war es ganz gleichgültig, wie ihre Mutter ausah. Man schaute doch nur sie an. Sie konnte es vertragen, und wenn die Alte in Fehen herumließ, sie blieb doch die schöne Käthebergern!

So sah Käthen allein im Wartesaal, etwas verängstigt und Kleinmütig. Jedoch nach außen ließ sie die Bierzechnjahre nichts anmerken. Mit finsternen Augen und abwehrenden Blicken stieg sie in den Zug, ordnete sorgfältig ihr Gepäck, glättete die Falten ihres Kleides und war überzeugt, nun alles für ihr neues Leben getan zu haben. Als sich der Zug in Bewegung setzte, stieß sie einen Seufzer der Erleichterung aus; Kätheberg war vorderhand für sie begraben.

Im gleichen Zug mit Käthen fuhr Eugenie Thomann. Ihr Bruder Rolf hatte sie im Dogcart nach der Station gebracht und sich sehr herzlich von ihr verabschiedet. Käthen sah schon im Wagen und fuhr eilig mit dem Kopf zurück, um nicht grüßen zu müssen.

Eugenie Thomann war ihr zu hochmütig, und Rolf hatte sie einmal in die Baden getrieben, vor kurzem war's, und sie einen netten, vielversprechenden Käfer genannt; das vergaß sie ihm nicht. Als sie an ihrem Ziel ankam und ausstieg, hörte sie Eugenie Thomann rufen:

Käthen! Ja wohin reist du denn?
Über sie hielt sie freilich, schleppte ihren Koffer und hätte um keinen Preis der Welt ihren Kopf auch nur um eines Fingers Breite gedreht. Sie wollte einfach nichts mit Eugenie Thomann zu tun haben!

Eugenie war auf dem Wege nach England. Nach langem Kampfe hatte sie es hauptsächlich mit ihres Vaters und Rolfs Unterstützung durchgesetzt, nach England gehen zu dürfen, und zwar gleich für einige Jahre.

Täglich hatte ihre Mutter die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gerufen: „Pössel! Pössel! Zu meiner

Zeit hat m'r sich nit auf so kochtschpielige Weis' bilde müßel! Was braucht m'r die teure Reise? Sie hat doch sonst alles!“

„Es sind andere Zeiten, Mutter.“ sagte der alte Thomann, „und jeden muß man auf seine Art sich bilden und ausleben lassen.“

„Ja, des is auch sowas Neumodisches, des Auslebe. Einlebe hat's zu unserer Zeit geheißel! Sich in die Verhältnisse schide. Auslebe! Ja, wann's nor Geld kochel, und die Leut hawwen e' scheenes Lewe.“

„Dir ist es doch nicht schwer gemacht worden, dich in die Verhältnisse einzuleben,“ meinte Rolf.

„Und dann, es klingt ja geradezu paradox, wenn du vom Geld sprichst! Wenn wir uns das nicht leisten könnten! Schau doch unsre Bilanz an!“

„Ich will se nit sehe, euer Bilanz,“ schrie erboht die alte Dame und hielt sich die Ohren zu. Gelebt wird freilich druff los, und der versteht's am bestche!“

Sie wies mit vorgestrecktem Rinn entrüstet nach Rolf, und dennoch leuchtete der unbändige Stolz aus ihren Augen, diesen Sohn zu bestehen, der der eleganteste und galanteste Kavaliere weit und breit war, und der in der Tat wie ein kleiner Fürst lebte. Ihm hätte sie noch viel mehr vergeben, als das, was sie von ihm wußte! So streng sie über Moral bei ihren Töchtern dachte, und so unerbittlich sie über andere urteilte, das Leben dieses von ihr vergötterten Sohnes belag seine eigenen pikanten Reize für sie. Wenn sie ihren Mann in seinem kurzen, grauen Kontorrod aus Lüfter, den er jahraus, jahrein in der Fabrik trug, aus der Schreibstube über den Hof springen sah, klein, sehnig, ausgehörrt, immer geschäftig, immer in Eile, und doch jedem Rede stehend, voller Laikraft, seufzte sie auf, fastete ihre etwas leiten Hände, ihre Augen fielen auf die „Lieder einer Feuerseele“ —

Wahrlich, sie hätte ein besseres Los verdient, als an der Seite dieses nüchternen Zahlenmenschen eine eigentlich unglückliche Ehe zu führen!

Ein Mann wie Rolf — ja das wäre ihr Ideal gewesen! Doch wehe, wenn etwa eine ihrer Töchter es gewagt hätte, sich klipp und klar für ein solches Ideal auszusprechen, aber gar von ihr zu verlangen, daß sie sich der Verbindung mit einem derartigen Ideal geneigt zeige!

Von Mila erwartete sie ja nach der Richtung hin keine Ueberraschungen; die kleine, kindische Geschichte mit Heinrich ausgenommen, war sie stets gediegene und einwandfreie Bahnen gewandelt, hatte Interesse für Herren gezeigt, die

zweifelloos „Partien“ waren, und stand sogar jetzt ziemlich nahe vor einer Verlobung, die ganz nach dem Herzen Mama Thomanns gewesen wäre. Nur Eugeniens war sie nicht sicher! Bei ihr stieß man immer auf schwankenden Boden, wußte nicht, wie man daran war, und konnte ihr mit landläufigen Begriffen absolut nicht beikommen.

So lange Eugenie in England war, zitterte Mama Thomann davor, sie könnte irgendeine extravagante Verlobung wie eine Bombe ins Haus schleudern. Anhaltspunkte hatte sie keine für ihre Ahnungen. Eugenie hatte sich zu Hause mit Herrn sehr korrekt, nur fast zu abweisend benommen. Doch ihre Mutter hatte ein dumpfes Gefühl, daß Eugenie ihre ganz eigenen Ansichten und ihre ganz besonderen Ideen über die Liebe hatte.

Während Eugenie in England lebte, sagte ihre Mutter oft, nachdem sie ihre Briefe gelesen: „Sie is e unbequem' Mädchen!“ Sie sagte das sehr verdrießlich und war stets für längere Zeit verstimmt, wenn ein Brief aus England eintraf, ohne sich eigentlich Rechenschaft geben zu können, warum.

Als Eugenie nach einigen Jahren unverlobt zurückkam, fiel ihr ein Stein vom Herzen; heimlich verlobt war sie sicher nicht, es wäre nicht Eugeniens Art gewesen, derartiges zu verschweigen.

Nun war Milas Hochzeit nah bevorstehend.

Sie hatte sich nach einer Zeit „netter“ und korrekter Kurmachelei, wie sich's gehört, mit einem sogenannten hübschen Kerl, einem blonden, rötigen, vielbeschäftigten Arzt verlobt, und war nun vollaus mit ihm, der Aussteuer, ihren Toiletten und der Hochzeit beschäftigt. Die Mutter war genau so glücklich wie Mila, alles ging in behaglichen Bahnen, ohne Ueberschwang vor sich; die Vermögensverhältnisse des Bräutigams waren sehr günstige, er fügte sich gut in Mamas Schranken und überhaupt in den Rahmen der Familie Thomann ein; er lobte den Tisch und der Schwiegermutter Gedichte gleichmäßig; er hörte höflich zu, wenn Rolf und sein Vater von Geschäften sprachen; er war lieb und zärtlich zu Mila. — Eugeniens Antanzt störte fast. Sie war so überlegen und verständig, so unangenehm verständig in England geworden! Auch Milas Bräutigam empfand das, er deutete es Mila an, daß ihm Eugenie nicht ganz sympathisch sei, und daß sie es vielleicht begreifen werde, wenn er nicht allzuviel mit ihr in Verbindung kommen wolle. Mila begriff das sehr gut; ja, sie gab ihrem „Schah“ einen Extrakt für seine ganz vorgebrachte Bemerkung, die sie in allem unterschrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Trauung mit Hindernissen

Wie dringend notwendig im allgemeinen Interesse eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Verhängung einer vorläufigen Vormundschaft bzw. Entmündigung ist, zeigt ein Fall, der augenblicklich das Amtsgericht Charlottenburg und das Landgericht III beschäftigt.

Unter diesen Umständen verweigerte der Standesbeamte die Trauung. Wie sich herausstellte, hatte die Mutter des J., die Gattin eines mehrfachen Millionärs, um die von ihr mißbilligte Heirat ihres Sohnes zu hintertreiben, sich einfach zu jenem Gerichtsarzt begeben, diesem eine Unmenge nicht kontrollierbarer und zum größten Teil unrichtiger Angaben aufgetischt, um damit zu erreichen, daß ihr Sohn als nicht zurechnungsfähig hingestellt würde.

Dieses doch immerhin sehr zweifelhafte Gutachten genügte dem Amtsgericht Charlottenburg, um den volljährigen und sonst von allen Seiten als sehr intelligent und normal bezeichneten J. unter die vorläufige Vormundschaft der Mutter zu stellen, obwohl dieser sofort auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Frey von dem Gerichtsrat Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann und Sanitätsrat Dr. Fritz Leppmann sich zwei Gutachten beschaffen hatte, in denen auf Grund wiederholter Untersuchungen erklärt wurde, daß von einer Geisteschwäche oder -gestörtheit nicht die Rede sein könne.

Bei der gegenwärtigen Praxis ist es jedem, der über die nötigen Geldmittel verfügt, ein Akt eines berühmten Psychiaters zu bezahlen, möglich, einen ihm unangenehmen Familienangehörigen nicht nur privat und geschäftlich auszuscheiden, sondern sogar — und das ist das Schlimmste — in irgendeiner geschlossenen Irrenanstalt verschwinden zu lassen. — In der Sache selbst ist von Rechtsanwalt Dr. Frey gegen den Beschluß des Amtsgerichts sofort Beschwerde bei der I. Kammer des Landgerichts III erhoben worden, in welcher u. a. auch die Zuständigkeit des Amtsgerichts bemängelt wurde.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (San Berlin). Die Bezirke 1, 4, 5, 6, 7 und 11 veranstalten am Sonntag, den 11. September, als Opfertag für das hungernde Rußland, öffentliche Konzerte, bestehend in Massen- und Einzelchören und zwar auf folgenden Plätzen: Nachmittags 3 Uhr im Lustgarten, Humboldthain, Trappplatz (Lichtenberg), Trianonpark (Weißensee), Spielwiese (Tropfow), Weberwiese, Puffenplatz (Charlottenburg) und in Strausberg (Lustgarten). Nachmittags 4 1/2 Uhr im Friedrichshain (Landsberger Platz). Nachmittags 2 Uhr in Oberschöneweide (Marktplatz), Adlershof (Marktplatz). Mittags 12 1/2 Uhr in Königswusterhausen vor dem Schloß. Nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Voreley“, Niederschöneweide. In Anbetracht des guten Zwedes hoffen wir auf eine zahlreiche Beteiligung der Bevölkerung. Der Ertrag der hierbei veranstalteten Sammlungen wird ununterbrochen der Gewerkschaftskommission Berlins für obigen Zweck überreicht.

Generalversammlung des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit des Verbandes in der Bekämpfung der Tuberkulose. Die Heimstätten-, Heilstätten- und Krankenhauskommissionen verriichten ihre Arbeit mit ganz besonderer Opferfreudigkeit. Mitgeteilt wurde der Zusammenschluß des Bundes der Lungenkranken Hamburgs, welcher aus 1100 Mitgliedern bestand, mit dem Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands. Nach diesem Bericht hielt der Reichstagsabgeordnete, Genosse Dr. Rolles, einen Vortrag. Der Referent verlangt so schnell wie möglich die Durchführung eines Reichstuberkulosegesetzes, welches in allen Ländern, außer Deutschland, schon eingeführt wurde. Nachdem noch zur Ergänzungswahl und Neuwahl des Vorstandes Stellung genommen wurde, schloß der Vorsitzende mit lebhaftem Appell zur Mitarbeit im Verbands die Versammlung. Alle Anfragen sind an den Ortsvorsitzenden Reinhold Gossow, Berlin R 65, Guineastr. 38, zu richten.

Gekündnis des Berliner Frauenmörders. Nach langwierigen Bemühungen der mit der Nordstraße in der Langestraße beschäftigten Kriminalkommissare Dr. Niemann und Wernedurg ist es jetzt gelungen, den Händler Großmann zu einem Teilgeständnis zu bewegen. Unter der Wucht des sorgfältig zusammengetragenen und erdrückenden Beweismaterials hat Großmann jetzt den Mord an dem bisher verschwundenen Mädchen Sosnowska eingestanden. Es sind somit die Verbrechen an den „Wirtschaftsinnen“ Kische, Schubert und Sosnowska aufgeklärt. Durch weiteres sachgemäßes Vorgehen hofft man, den Verdächtigten zu weiteren Geständnissen zu bewegen.

Unsere Stadterordnetenfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadterordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten in Verhandlungen zu treten; die Verordnung mit dem 8 Uhr-Häuferschlus außer Kraft zu setzen und den alten Zustand wiederherzustellen. gest. Jubel.

Beabsichtigte Vernichtung von Akten. Die Akten des Vichtenerger Gewerbegerichts aus den Jahren 1902—1915 und des Vichtenerger Kaufmannsgerichts aus den Jahren 1905—1915 sollen bis auf einige wichtige Prozesakten vernichtet werden. Etwaige Einsprüche gegen diese Maßnahme sind an das Bezirksamt 17 zu richten.

Verloren. Braune Brieftasche mit Inhalt: Verbandsbuch des Zentralverbandes der Angestellten Nr. 40 426; Sammeliste zur Stadterordnetenwahl Nr. 30; Ausweisliste, Bezirksvorsitzender Charlottenburg, sowie Ausweise auf den Namen Liebig, Huttenstraße 67, lautend. Der Finder wird gebeten, die Brieftasche an die angegebene Adresse abzugeben.

Gewerkchaftliches

Helfer der Reaktion

Das republikanische Reichsfinanzministerium.

Das Intelligenzblatt für die Gebildeten aller Stände, die „Tägliche Rundschau“, und der seelenverwandte — „Lokal-Anzeiger“ bringen in ihrer Dienstag-Übernummer eine Zuschrift, in der u. a. gegen unsere Hege (!) gegen die höhere Beamtenchaft Stellung genommen und erklärt wird, der Betriebsrat hätte eine „geheime Aufforderung“ erlassen usw. Wir erhalten dazu vom Betriebsrat des Reichsfinanzministeriums eine Einsendung mit dem Ersuchen um Aufnahme:

„Es ist un w a h r, daß der Betriebsrat des Reichsfinanzministeriums Abt. III sich nicht vorher mit der betreffenden Dienststelle über die Teilnahme an der Demonstration und Aushang seines Auftrufs an alle Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichsfinanzministeriums gegendert hat. Wahr ist vielmehr, daß seitens des Herrn Staatssekretärs auf Grund der Anfrage des Betriebsrats der Wunsch geäußert wurde, die Bekanntmachung nicht am schwarzen Brett, sondern durch Umlauf oder auf andere Weise zu erlassen. Aus technischen Schwierigkeiten ist der Betriebsrat diesem Wunsche nicht nachgekommen. Erst nachdem der Aushang, wie sonst stets üblich, 24 Stunden am schwarzen Brett erfolgt war, legten die Widersprüche seitens der Geheimen und sonstigen Räte ein, und auf Grund des Einspruchs seitens des Ministerialrats Lindenbergs beim Staatssekretär erfolgte der Befehl, den Aushang zurückzunehmen, und wurde der Konflikt dadurch hervorgerufen. Wer den Postus in dem Auftruf betreffend des Spätdienstes gelesen hat, wird darin keinerlei diffamatorische Annäherung des Betriebsrates erblicken, ebensowenig eine einseitige parteipolitische Stellungnahme des Betriebsrates in dem Auftruf erkennen können.“

Hervorgehoben wurde der Konflikt erst durch die politische Stellungnahme der oberen Beamten, welche der Auffassung Ausdruck gaben, daß die Beamten keine Veranlassung hätten, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Betreffs der Sammlung vor dem Hause hat der Betriebsrat auf Grund seiner Kenntnis der Bannmeile und bestehender polizeilicher Verordnungen gar nicht daran gedacht, im geschlossenen Demonstrationszug vor hier abzumarschieren, sondern nur an eine Sammlung vor der Tür, um von hier aus in Gruppen oder einzeln nach dem Aufstellungsort zu gehen, von wo der geschlossene Abmarsch stattfinden sollte.

Außerdem hat der Betriebsrat sich mit dem Vorsitzenden des Beamtenausschusses in Verbindung gesetzt (Oberregierungsrat Rehdanz), um denselben zu veranlassen, den Beamtenauschuss einzuberufen und zur Frage der Beteiligung Stellung zu nehmen. Dieser Herr lehnte mit der Begründung ab, seine persönliche Auffassung gehe dahin, daß die Beamten sich an einer derartigen Demonstration nicht zu beteiligen hätten. Er lehne aus diesem Grunde die Einberufung des Beamtenausschusses ab und verweigere weitere Verhandlungen über diesen Punkt. Ob der Beamtenauschuss mit der Handlungsweise seines Vorsitzenden einverstanden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wie dieser Herr zu keinem Amt gekommen ist, dürfte ein besonderes Kapitel für sich sein und noch der Aufklärung bedürfen, doch überlassen wir dies gern den Interessenten selbst. Im übrigen haben wir zu den Ausführungen der beiden Zeitungen nur hinzuzufügen, daß sie anscheinend mehr als einseitig informiert worden sind, wahrscheinlich um dadurch den Herrn Minister Bauer zu beeinflussen. Wir sehen jedoch einer Nachprüfung der Tatsachen mit großer Ruhe entgegen und halten unsere Ausführungen sowohl wie die Wahrung unserer Rechte nach wie vor aufrecht.“

Wohlgemerkt, dieses Ressort und diese oben gekennzeichneten Herren unterstehen dem sozialdemokratischen Minister Bauer.

Aus dem Reich des Dienstpflichtgenerals Groener

Wertwürdige Methoden geben bei den Eisenbahnbetrieben vor, die klar erkennen lassen, daß die vorriegenszeitliche Geheimratswirtschaft noch immer am Ruder ist und die so notwendige Demokratisierung der Verwaltung in weiter Ferne schwebt. Mitglieder Arbeiter versucht man aus den Betrieben zu entfernen, und zwar geht dies folgendermaßen vor sich:

In den einzelnen Dienststellen geht man systematisch dazu über, alle die Kollegen, insbesondere die Funktionäre und die Betriebsräte, die sich bis jetzt noch ein festes Rückgrat gegenüber der Verwaltung bewahrt haben, durch Subjekte, die sich bei der Verwaltung liebkind machen wollen, zu prozozieren, um sie dann aufs Pfahler werfen zu können. Ein großartiger Trick wird bei dieser Gelegenheit in Anwendung gebracht. Nach dem § 23 L. e. des Reichslohnartzvertrages kann jeder Bedienstete, der einen Vorgesetzten, dessen Stellvertreter oder deren Familienangehörige beleidigt, sofort aus dem Eisenbahndienst fristlos entlassen werden. Der Bedienstete dagegen kann, wenn er von einem Vorgesetzten beleidigt wird, sofort und ohne Kündigung die Arbeit niederlegen; oder aber er kann, weil ihm ein Vorgesetzter nicht beleidigen darf, über diesen Beschwerde führen. Mit diesem juristischen Fallbeil werden nun die Geheimräten mißliebigen Arbeiter zur Strafe gebracht. Bei der Post versuchen dieselben kasspirischen Hochverräter die staatsirenen Elemente zu besitzigen. Diesem Standal einer machtiläreren Bürokratie werden die Arbeiter zu begegnen wissen und wir fragen nur noch den Chef Groener, welche Maßnahmen er zu tun gedenkt, um dieses Wegelagerersystem seiner Geheimräte zu beseitigen?

Die Beamtenrätewahlen bei der Eisenbahn

Die B. S. Korrespondenz verbreitete gestern morgen eine Mitteilung, in der ein Teilergebnis der am 6. und 7. September postgelagerten Beamtenrätewahlen wiedergegeben wird. Interessant an dieser Mitteilung ist, daß gelagt wird, es liegen die Ergebnisse von einigen Direktionsbezirken Pommerns und aus Süddeutschland vor. Sie lassen erkennen, daß die dem Deutschen Beamtenbund angegliederte Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter wohl die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat. Merkwürdigerweise wird dann darauf verzichtet, die vorliegenden Ergebnisse zu veröffentlichen, vielmehr wird ein Teilergebnis des Bezirks Berlin-Osten wiedergegeben. Mit dem gleichen Recht könnte der Deutsche Eisenbahner-Verband auf das soeben aus Sachsen eingelaufene Teilergebnis für 5 Betriebsdirektionen hinweisen, das folgende Ziffern meldet: Deutscher Eisen-

bahner-Verband 8098, Reichsgewerkschaft 1475 und Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter (christlich) 278 Stimmen. Mit diesen Teilergebnissen kann doch aber unmöglich eine Gesamtsituation bebildet werden und darum hat die Veröffentlichung bis auf weiteres noch keine praktische Bedeutung.

Wir hatten diese reklamehafte Herausziehung von sogenannten „Erfolgen“, die besonders von Angestelltenorganisationen betrieht werden, die bürgerlich orientiert sind, für unheil und überflüssig. Solche „Erfolge“ werden keiner Hund hinter dem Ohr hervorholen, insbesondere, wenn als Quelle die — B. S. Korrespondenz angegeben wird.

UCPD-Betriebsräte der städtischen Betriebe und Verwaltungen

Am Montag, den 12. September, abends 6 Uhr, findet in der Publika, Neue Königstraße 26, eine Vollversammlung aller U. S. P. D. Betriebsräte der städtischen Betriebe und Verwaltungen statt. Es wird wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen erwartet. Parteibuch und Betriebsratsausweis legitimieren. Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg, J. A. A. Holz.

Verstärkter Streik der Filmindustrie

Arbeiter und Angestellte! Die Vorführer der Kinotheater haben gestern abend beschlossen, in den Streik zu treten. Darum, Arbeiter und Angestellte, meidet die Kinos! Die Kinos, die bewilligt haben, sind kentlich gemacht durch ein Plakat des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen, unterzeichnet mit Bardeleben.

Der Streik der Arbeiter und Angestellten der Filmindustrie geht mit unveränderter Schärfe weiter. Wohl versuchen die Arbeitgeber, durch irreführende Pressenotizen einen Keil in die sich schließende Front der Arbeitnehmer zu treiben, jedoch wächst die Kampfesstimmung gerade durch die Machinationen der Arbeitgeber, so daß eine erhebliche Verstärkung dieses Lohnkampfes eingetreten ist. Auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat sich veranlaßt gesehen, die Streikparole herauszugeben, so daß die Front der in der Filmindustrie Tätigen tatsächlich eine geschlossene ist.

Heute, Sonnabend, den 10. 9., mittags 12 Uhr, findet im Gewerkschaftshause eine Streikversammlung städtischer in der Filmindustrie und in den Kinotheatern beschäftigter Arbeiter und Angestellten statt, in welcher erneut zu der Streikfrage Stellung genommen wird.

Gewerkschaftskommission Steglitz. Heute, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant „Adrehtshof“ die Beisung der Abde des Genossen Regener, welcher am 28. August in Potsdam ermordet wurde, statt. Die organisierte Arbeiterschaft wird darum erucht, an dieser Feier teilzunehmen, um der Reaktion, welche im 12. Bezirk ziemlich stark vertreten ist, zu zeigen, daß sie mit der Macht der organisierten Arbeiterschaft auch hier unbedingt zu rechnen hat.

Arbeiterpost

Arbeiter-Turn- und Sport-Bund, 1. Kreis, 5. Bezirk. Sonntag, den 11. September, nachmittags 2 Uhr, veranstalten die Schüler und Schülerinnen-Bteilungen der Bezirksvereine auf dem Eiche-Sportplatz am Gefirgtsberg in Giesfeld ein Sportfest. Der Anmarsch ist um 1 Uhr vom Wilhelmplatz in Giesfeld. Da die hiesigen Turn- und Sportvereine mit Hinzuzug der Schulen ein gleiches Fest veranstalten, ist es Pflicht eines jeden Vereins, dort recht zahlreich anzuwärtigen.

Arbeiter-Sportfest. Am 11. September treffen sich die dem Arbeiterpostvereine angeschlossenen Vereine um 1 Uhr auf folgenden Sammelplätzen: Brunnengarten vor dem Kaiserpark, Bahndorf Schönholz und an der Glöhren, Ede Schatzwiese, Kriegerdenkmal, 12 Uhr nach dem Fichte-Sportplatz in Reinickendorf an Schatzwiese, wo sich ein großes Arbeiterfest mit folgenden Sportveranstaltungen abspielt. Das Programm besteht aus Wettkämpfen, Turnen, Krigen, Kitzeln, Schwimmen, Fechten und Kanupfer. Da mit dieser Veranstaltung nur ein gemeinlicher Zweck verfolgt wird, ist die Beteiligung der staßendewohnten Arbeiter herzlich eingeladen.

Das Vorkommen der freien Turnerschaft Reinickendorf, M. d. H. T. V., findet am Sonntag, den 11. September, auf dem Sportplatz Ede Germania-Brunnengarten statt. Auffassung und Anmarsch mittags 1 Uhr herlückplatz, Fechtung mit Schwert, 2 Uhr Fechtungen der Männer, Frauen, Lehrlinge und Kinder, 3 Uhr Beginn der sportlichen Wettkämpfe, 4 Uhr Getränke (Wasser, Trapp, u. Wein), 5 Uhr Zirkelkämpfe, 6 Uhr Fußballspiel. Von 6 1/2 Uhr Kommerz in Baders Heilbad, Preis, Schaufelstraße 97. Bei unangenehmem Wetter findet schon nachm. 4 Uhr Kommerz und Tanz im Heilbad statt.

Arbeiter-Kühlerverein Reinickendorf. Sonntag, den 11. September, fest 6 Uhr „Kühler Berlin“, nachmittags 1 Uhr nach Buchholz bei Köhn, Sportplatz Reinickendorf.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 10. September

- 6. Verwaltungsbezirk (Königsberg). Stabs- und Bezirksvorsitzendenabteilung treffen sich abends 8 Uhr bei Schmeißler, Alte Jakobstr. 24. Die Mitglieder des Klassenrates müssen zeitlich anwesend sein.
12. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Reinickendorf usw.). Abends 7 Uhr bei Streiter, Marienhof, Chausseest. Sitzung sämtlicher Funktionäre sowie des Klassenrates und des Klassenratsvorsitzenden.
2. Bezirk. Die Genossen treffen sich am 2 Uhr am Sieglitzer Rathaus zur Teilnahme an der Innenbeisung des Genossen Regener.
5. Bezirk. Funktionäre heute abend Plakate abgeben bei Kaiser, Giesfeldstr. 10.
16. Bezirk (Königsberg). Abends 6 Uhr Plakate abgeben bei Schmeißler, Alte Jakobstr. 24.

Sonntag, 11. September

- Die in der U. S. P. D. organisierten Genossen, welche auf dem Volkshaus als Vorbereiter tätig sind, versammeln sich vorm. 9 Uhr im Restaurant Schützengasse, Schützengasse 12.
Nikolaus-Bildenberg-Stadt, 1. Viertel. Vormittags 9 Uhr Sitzung der Jungmänner im Lokal von Wöhler, Gärtnertstraße 1.
Reinickendorf. Abends 7 Uhr findet in der Schulaule ein Wahlfest statt. Es wird die Einwohnerschaft, recht zahlreich zu erscheinen.
Reinickendorf. Heute abend von 6—7 Uhr Plakate abgeben im Reinickendorfer-Kühler-Verein, Ringstraße 10. Empfangnahme des Materials um 8 Uhr morgens im Volkshaus.

Bereinskalender

Stenografische Vereinigung (1915), die an der St. A. 1921 Reitplatzbühnen-Veranstaltung nicht teilgenommen haben und hier darauf legen, an der Klage beteiligt zu sein, werden ersucht, ihre Adresse innerhalb acht Tagen an den Kollegen Grau, Linienstraße 33-35, einzusenden.

Sonnabend, 10. September

Arbeiter-Gewerkschaften Berlin, S. H. Abends 7 Uhr Zentralversammlung hinter der Gornitzstraße, Neue Friedrichstraße. Erscheinen aller notwendig.

Sonntag, 11. September

Zentralverband der Jueden und Wästen Deutschlands, Bezirk N. L. Mittags 10 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von G. Schumann, Giesfeldstr. 11. Gabe willkommen.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Dieblitz, Berlin-Tiergarten; für Korrespondenzen, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Kuhn, Berlin; für den Interkalendel und geschäftliche Mitteilungen: D. A. H. K. S. e. r. i. n. Charlottenburg. Verlagsgemeinschaft „Arbeiter“, S. 6, M. d. H. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin S. 2. Heide Straße 9-9.

Billiche an Wald und Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee bei Tegel. Sehr guter Boden. In jeder Größe. Preisabstufung von 200 an. Günstige Abzahlungsmöglichkeit: Zentralgewerkschaft Heiligensee, Berlin 1920 6, Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee bei Barzen oder bei Lamprecht, Restaurant Rothkappchen, Heiligensee, Kirchallee. Teilt. d. Tegeler-Grillplatz, Grasenb.

1 1/2 Dünneful Zinkpulver. Werben durch das Schmelz-Lichtbild erzielt. Ganz verpackt zum Schmelzen von Zink, Zinn, Blei usw. 200 und 500 Gramm. Schmelztemp. 200 bis 250 Grad. Schmelztemp. 200 bis 250 Grad. Schmelztemp. 200 bis 250 Grad.

Pickel, Sommersprossen. Hautunreinlichkeiten usw. werden schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, abgeköhlt durch echte Vater-Philipp-Schäcker, danach kommt sanmütige junge zarte Haut zum Vorschein, 4-8 Mk. vom Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 147, in Berlin erhältlich in der Hofantennapotheke, Leipziger Str., und Drogerien Bastianstr. 2, Pankowstr. 2, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 6.

Mass-Ersatz! Leinhaus Brunnenstraße 5 Rosenthal. Tor.

Schilder, Paletots, Anzüge, Cutaways Kreuzfische 250 an Silber, Jabels, Hahnstücker Seal-Mäntel Sport und Gehwege usw. labelhaft billig!

Läuse, Schwaben, Wanzen, Flöhe, Gold, Silber, Platin, Altmetalle. Götzkowskystr. 13. 1. Ofz. Berlin.